

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (431) – 501 03 – Ha 62/91

Bonn, den 16. August 1991

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 110 Abs. 3 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1992
(Haushaltsgesetz 1992)

mit Begründung.

Die Entwürfe des Gesamtplans und der Einzelpläne*) sind beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Dr. Helmut Kohl

*) als Sonderdruck verteilt

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1992 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 422 560 000 000 Deutsche Mark festgestellt.

§ 2

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für das Haushaltsjahr 1992 Kredite bis zur Höhe von 49 860 000 000 Deutsche Mark aufzunehmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1992 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus der Finanzierungsübersicht (Teil II des Gesamtplans) ergibt. Mehreinnahmen bei Titel 121 04 im Kapitel 60 02 sind zur Tilgung fälliger Schulden zu verwenden und vermindern die Ermächtigung nach Satz 1.

(3) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, ab Oktober des Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von 4 vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Die danach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(4) Auf die Kreditermächtigung ist bei Diskontpapieren der Nettobetrag anzurechnen.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, zum Ankauf von Schuldtiteln des Bundes und von Anleihen aus Emissionen, die der Bund nach § 28 des Haushaltsgesetzes 1991 vom 27. Juni 1991 (BGBl. I S. 1354) als eigene Schulden mitübernommen hat, im Wege der Marktpflege Kredite bis zu 10 vom Hundert des Betrages der umlaufenden Bundesanleihen, Bundesobligationen und Bundesschatzanweisungen aufzunehmen, dessen Höhe sich aus der jeweils letzten im Bundesanzeiger veröffentlichten Übersicht über den Stand der Schuld der Bundesrepublik Deutschland ergibt.

§ 3

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zu 8 vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen. Auf die Kreditermächtigung sind die Beträge anzurechnen, die auf Grund von Ermächtigungen früherer Haushaltsgesetze aufgenommen sind.

§ 4

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel können verwendet werden (einseitige Deckungsfähigkeit):

1. Einsparungen bei Titel 422 01 zur Verstärkung der bei Titel 422 02 veranschlagten Ausgaben,

2. Einsparungen bei Titel 423 01 zur Verstärkung der bei Titel 423 02 veranschlagten Ausgaben,

3. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423, 425 und 426 zur Verstärkung der bei Titeln der Gruppen 443 und 453 veranschlagten Ausgaben,

4. Einsparungen bei Titeln der Gruppen 422, 423 und 425, die durch die Gewährung von Erziehungsurlaub entstehen, zur Verstärkung der bei Titel 427 01 veranschlagten Ausgaben.

(2) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind die Ausgaben bei Titeln der Gruppen 422 und 425 gegenseitig deckungsfähig.

(3) Die Erläuterungen zu den Titeln der Gruppe 425 sind hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Abweichungen bedürfen der Einwilligung des Bundesministers der Finanzen.

(4) Innerhalb der einzelnen Kapitel fließen die Einnahmen den Ausgaben bei folgenden Titeln - einschließlich der entsprechenden Titel in Titelgruppen - zu:

1. Titel 427 01
aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung Behinderter sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen,

2. Titel 441 01, 443 01 und 446 01
aus Schadensersatzleistungen Dritter,

3. Titel 511 01 und 518 01
aus der Veräußerung von ausgesondertem Schriftgut, aus der Anfertigung von Fotokopien für Dritte sowie aus der privaten Inanspruchnahme elektronischer Fachinformationszentren,

4. Titel 513 01 (im Kapitel 14 14 Titel 513 02)
aus der privaten Inanspruchnahme dienstlicher Fernmeldeanlagen,

5. Titel 514 01 (im Kapitel 06 25 Titel 514 04, im Kapitel 14 15 Titel 553 04, im Kapitel 14 17 Titel 522 01)
aus Schadensersatzleistungen Dritter insoweit, als sie zur Instandsetzung bestimmt sind, sowie aus der Abgabe von Kraftstoffen (Betriebsstoffen) an andere Bedarfsträger,

6. Titel 517 01
aus Erstattungen Dritter.

(5) Innerhalb eines Kapitels dienen Einnahmen auf Grund der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung vom 28. März 1988 (BGBl. I S. 484) zur Verstärkung der Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 8.

(6) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 der Bundeshaushaltsordnung wird zugelassen, daß von Bundesdienststellen im Bereich der Datenverarbeitung entwickelte Software unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Inland abgegeben wird, soweit Gegenseitigkeit besteht. Das gilt auch für von Bundesdienststellen erworbene Software. Für erworbene Lizenzen an Standard-Software ist die jeweilige Lizenzvereinbarung maßgebend.

(7) Die obersten Bundesbehörden können mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 511 bis 519, 527 und 539 innerhalb eines Kapitels anordnen, soweit die Mittel nicht übertragbar sind, die Mehrausgaben des Einzeltitels nicht mehr als 20 vom Hundert betragen und die Maßnahme wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Soweit eine Deckung nach Satz 1 nicht möglich ist, kann der Bundesminister der Finanzen in besonders begründeten Ausnahmefällen zulassen, daß Mehrausgaben bei Titeln der Gruppen 514 und 517 sowie des Titels 522 01 im Kapitel 14 17 bis zur Höhe von 30 vom Hundert des Ansatzes durch Einsparungen anderer Ausgaben innerhalb der Hauptgruppe 5 desselben Einzelplans gedeckt werden. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann der Bundesminister der Finanzen zulassen, daß Mehrausgaben bei den Titeln 526 01 und 526 04 gegen Einsparungen bei anderen Ausgaben der Obergruppen 51 bis 54 desselben Einzelplans gedeckt werden.

(8) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages innerhalb des Einzelplans 14 (Bundesminister der Verteidigung) die Deckungsfähigkeit der Ausgaben bei Titeln der Gruppen 551, 553 bis 559 der Kapitel 14 08 und 14 11 bis 14 20 sowie bei Titel 522 01 im Kapitel 14 17 anzuordnen, falls dies auf Grund später eingetretener Umstände wirtschaftlich zweckmäßig erscheint. Diese Regelung gilt auch für übertragbare Ausgaben.

(9) Die in den Kapiteln 14 14 bis 14 20 bei Titeln der Gruppen 551 und 554 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen sind in Höhe von 20 vom Hundert gesperrt. Die Inanspruchnahme der gesperrten Verpflichtungsermächtigungen bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

(10) Es wird zugelassen, daß die Ausgaben für Vergütungen und für Lohn für die Arbeitnehmerinnen in abzuwickelnden Einrichtungen, deren Arbeitsverhältnisse aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24. April 1991 -

1 BvR 1341/90 - fortbestehen, so lange aus den Ansätzen der Titel 425 02 geleistet werden können, bis die Arbeitnehmerinnen auf freie oder freige-wordene Stellen übernommen sind.

§ 5

§ 37 Abs. 1 Satz 3 bis 5 der Bundeshaushaltsordnung ist in folgender Fassung anzuwenden:

„Als unabweisbar ist ein Bedürfnis insbesondere nicht anzusehen, wenn nach Lage des Einzelfalles ein Nachtragshaushaltsgesetz rechtzeitig herbeigeführt oder die Ausgabe bis zum nächsten Haushaltsgesetz zurückgestellt werden kann. Eines Nachtragshaushaltsgesetzes bedarf es nicht, wenn die Mehrausgabe im Einzelfall einen Betrag von 10 000 000 Deutsche Mark nicht überschreitet oder wenn Rechtsverpflichtungen zu erfüllen sind.“

§ 6

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Einrichtung außerhalb der Bundesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, wenn der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers nicht von dem zuständigen Bundesminister und dem Bundesminister der Finanzen gebilligt ist. Der Bundesminister der Finanzen hat vor der Aufhebung der Sperre die Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages einzuholen, wenn die Zuwendungen des Bundes den Betrag von 1 000 000 Deutsche Mark im Haushaltsjahr überschreiten.

(2) Die in Absatz 1 genannten Zuwendungen zur institutionellen Förderung dürfen nur mit der Auflage bewilligt werden, daß der Zuwendungsempfänger seine Beschäftigten nicht besserstellt als vergleichbare Arbeitnehmer des Bundes; vorbehaltlich einer abweichenden tarifvertraglichen Regelung dürfen deshalb keine günstigeren Arbeitsbedingungen vereinbart werden, als sie für Arbeitnehmer des Bundes jeweils vorgesehen sind. Entsprechendes gilt bei Zuwendungen zur Projektförderung, wenn die Gesamtausgaben des Zuwendungsempfängers überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Der Bundesminister der Finanzen kann bei Vorliegen zwingender Gründe Ausnahmen zulassen.

(3) Die in den Erläuterungen zu den Titeln, aus denen Verwaltungskosten erstattet oder Zuwendungen im Sinne des § 23 der Bundeshaushaltsordnung zur institutionellen Förderung geleistet werden, für andere als Projektaufgaben ausgebrachten Stellen für Angestellte sind hinsichtlich der Gesamtzahl und der Zahl der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen verbindlich. Die Wertigkeit übertariflicher Stellen ist durch Angabe der entsprechenden Besoldungsgruppen zu kennzeichnen. Der Bundesminister der Finanzen kann Abweichungen in den Wertigkeiten der Stellen des Tarifbereichs zulassen. Satz 1 gilt nicht für die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Göttingen, die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt e.V.

(DLR) in Köln, das Kernforschungszentrum Karlsruhe GmbH (KfK) und das Hahn-Meitner-Institut für Kernforschung Berlin GmbH (HMI).

§ 7

(1) Die Rückzahlung zuviel erhobener Einnahmen ist stets beim jeweiligen Einnahmetitel abzusetzen.

(2) Bei Unrichtigkeit einer Zahlung, bei Doppelzahlungen oder Überzahlungen darf die Rückzahlung von der Ausgabe abgesetzt werden, wenn die Bücher noch nicht abgeschlossen sind. Die Rückzahlung zuviel geleisteter Personalausgaben ist stets beim jeweiligen Ausgabebetitel abzusetzen.

(3) Titelverwechslungen dürfen nur berichtigt werden, solange die Bücher noch nicht abgeschlossen sind oder durch die Titelverwechslung der Bundeshaushalt und der Haushalt einer anderen Gebietskörperschaft oder der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften betroffen sind.

§ 8

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen zu übernehmen

1. a) im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt;

b) im Zusammenhang mit Ausfuhren, an deren Durchführung ein besonderes staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht, zugunsten von Ausfuhrern und zugunsten von Kreditgebern für Kredite an ausländische Schuldner;

c) zum Zwecke der Umschuldung nach Buchstabe a oder b gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können;

2.a) für Kredite an ausländische Schuldner, wenn dies der Finanzierung förderungswürdiger Vorhaben dient oder im besonderen staatlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegt;

b) zum Zwecke der Umschuldung nach Buchstabe a gedeckter Forderungen deutscher Gläubiger. Dabei können die Selbstbeteiligungen nachträglich ermäßigt sowie in Ausnahmefällen Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für bisher ungedeckte Forderungen übernommen werden, wenn andernfalls die Umschuldungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden können;

3. zur Absicherung des politischen Risikos bei förderungswürdigen Kapitalanlagen im Ausland, wenn zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land, in dem das Kapital angelegt wird, eine Vereinbarung über die Behandlung von Kapitalanlagen besteht oder, solange dies nicht der Fall ist, durch die Rechtsordnung des betreffenden Landes oder in sonstiger Weise ein ausreichender Schutz der Kapitalanlage gewährleistet erscheint. Die Gewährleistungen werden nach Richtlinien übernommen, die der Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und dem Bundesminister des Auswärtigen festlegt;

4. gegenüber der Europäischen Investitionsbank für Kredite dieser Bank an Schuldner außerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

(2) Der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 1 wird auf 165 000 000 000 Deutsche Mark, der Höchstbetrag der Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 auf insgesamt 35 000 000 000 Deutsche Mark festgesetzt.

(3) Die Ermächtigungen nach Absatz 1 Nr. 1 bis 3 gelten für Ausfuhrer, Kreditgeber und Investoren im Inland.

§ 9

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen für Marktordnungs- und Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet bis zur Höhe von 6 000 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 10

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, Bürgschaften, Garantien oder sonstige Gewährleistungen bis zur Höhe von 91 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen

1. zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist und ein allgemeines volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung der Maßnahmen besteht;

2. zur Förderung des Verkehrswesens;

3. zur Förderung von Investitionen, die der Herstellung von Produkten zur Vermeidung von Umweltbelastungen dienen, wenn eine anderweitige Finanzierung nicht möglich ist;

4.a) zur Förderung des Wohnungsbaues, insbesondere des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues,

b) zur Förderung der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet,

c) zur Förderung des Baues gewerblicher Räume, wenn der Bau der gewerblichen Räume im Zusammenhang mit dem Bau von Wohnungen steht;

d) zur Förderung des Erwerbs vorhandener Wohnungen durch kinderreiche Familien und Schwerbehinderte;

5. für Verbindlichkeiten, die der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen erwachsen - § 3 des Gesetzes über die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank vom 11. Juli 1989 (BGBl. I S. 1421);

6. für Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 780-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das durch Artikel 75 des Gesetzes vom 14. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3341) geändert worden ist;

7. zur Förderung der Fischwirtschaft;

8. im Zusammenhang mit der Freigabe beschlagnahmter deutscher Auslandsvermögen;

9. für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds aus der Eintragung der Schuldbuchforderungen oder der Aushändigung von Schuldverschreibungen nach § 252 Abs. 3 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), das zuletzt durch Artikel 14 des Gesetzes vom 17. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2809) geändert worden ist;

10. im Zusammenhang mit der Abdeckung von Haftpflichtrisiken, die sich insbesondere aus Tätigkeiten ergeben, die in den Anwendungsbereich des Atomgesetzes oder der auf Grund dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen fallen, soweit dadurch eine Finanzierung aus Haushaltsmitteln vermieden wird;

11. für Kredite, die das vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen beauftragte Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Gewährung von Kapitalisierungsbeträgen an Versorgungsberechtigte nach dem Rentenkalisierungsgesetz-KOV vom 27. April 1970 (BGBl. I S. 413), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1985 (BGBl. I S. 910) geändert worden ist, aufnimmt;

12. zur Förderung der Anpassung und der Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaues und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete;

13. zugunsten von Personen, die vom Bund an deutsche Auslandsvertretungen entsandt oder im Rahmen seiner Auslandskulturarbeit ins Ausland entsandt oder vermittelt werden, sowie zugunsten von Personen, die von der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen (GfAI) zur Beschaffung von außenwirtschaftlichem Informationsmaterial ins Ausland entsandt werden, für ihre Verpflichtungen gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Ein- und Ausfuhr von

Umzugsgut sowie für ihre sonstigen Verpflichtungen gegenüber Behörden und Personen des Aufnahmestaates, soweit dies gesetzlich vorgeschrieben oder nach den örtlichen Umständen unvermeidbar ist und im dienstlichen Interesse des Bundes liegt;

14. im Falle eines unvorhergesehenen, unabwendbaren Bedürfnisses, insbesondere für Notmaßnahmen.

§ 11

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Europäischen Investitionsbank, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Afrikanischen, der Asiatischen, der Interamerikanischen und der Karibischen Entwicklungsbank, dem Wiedereingliederungsfonds des Europarates, dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe sowie an der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur Gewährleistungen in der Form von abrufbarem Kapital (Haftungskapital) oder Garantien bis zur Höhe von 49 500 000 000 Deutsche Mark zu übernehmen.

§ 12

Gewährleistungen nach den §§ 8 bis 11 können auch in ausländischer Währung übernommen werden; sie sind zu dem Mittelkurs, der vor Ausfertigung der Urkunden zuletzt amtlich festgestellt worden ist, auf den Höchstbetrag anzurechnen.

§ 13

(1) Auf die Höchstbeträge der §§ 8 bis 11 werden jeweils die Gewährleistungen auf Grund der entsprechenden Ermächtigungen des Haushaltsgesetzes 1991 angerechnet, soweit der Bund noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit er in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachten Leistungen keinen Ersatz erlangt hat.

(2) Eine Bürgschaft, Garantie oder sonstige Gewährleistung ist auf den Höchstbetrag der entsprechenden Ermächtigung in der Höhe anzurechnen, in der der Bund daraus in Anspruch genommen werden kann. Zinsen und Kosten sind auf den jeweiligen Ermächtigungsrahmen nur anzurechnen, soweit dies gesetzlich bestimmt ist oder bei der Übernahme ein gemeinsamer Haftungsbetrag für Hauptverpflichtung, Zinsen und Kosten festgelegt wird.

(3) Soweit in den Fällen der §§ 8 bis 11 der Bund ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für erbrachte Leistungen erlangt hat, ist eine übernommene Gewährleistung auf den Höchstbetrag nicht mehr anzurechnen.

(4) Die Ermächtigungsrahmen der §§ 8 bis 11 können mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages auch für Zwecke der jeweils anderen Vorschriften verwendet werden.

§ 14

Die Bundesregierung wird ermächtigt, die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Kapital der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank), der Afrikanischen, der Asiatischen, der Interamerikanischen und der Karibischen Entwicklungsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur, die Beteiligung an der Auffüllung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) sowie seines Sonderprogramms für Subsahara-Afrika und des Sonderfonds der Afrikanischen, der Asiatischen, der Interamerikanischen und der Karibischen Entwicklungsbank, die Beteiligung an der Globalen Umweltfazilität der Weltbank sowie freiwillige Beiträge zum Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe durch Hingabe von unverzinslichen Schuldscheinen zu erbringen.

§ 15

Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bei Aktiengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, einem genehmigten Kapital im Sinne des § 202 des Aktiengesetzes zuzustimmen und sich zur Leistung des auf den Bundesanteil entfallenden Erhöhungsbetrages zu verpflichten.

§ 16

(1) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht.

(2) Die für den Einzelplan zuständige Stelle übersendet ihre Anträge auf Ausbringung der zusätzlichen Planstellen und Stellen auch dem Bundesrechnungshof. Er kann dazu Stellung nehmen.

(3) Die nach Absatz 1 neu ausgebrachten Planstellen und Stellen sind in entsprechender Zahl und Wertigkeit im Gesamthaushalt einzusparen.

(4) Bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3 auf Grund der Fußnoten 12, 18, 19 und 21 zur Besoldungsgruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes sind die Planstellen der Besoldungsgruppe A 16, die mit dem Vermerk "künftig wegfallend" oder "künftig umzuwandeln" versehen sind, nicht zu berücksichtigen; dies gilt nicht, wenn der Vermerk "künftig wegfallend" den Zeitpunkt des Wegfalls näher bestimmt oder den Zusatz trägt "mit Wegfall der Aufgabe". Satz 1 gilt entsprechend bei Anwendung anderer gesetzlicher Obergrenzen für den Anteil der Planstellen für Beförderungssämter.

(5) Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, neue Planstellen und Stellen auszubringen, soweit ein unabweisbares Bedürfnis besteht, einen Dienstposten oder einen Arbeitsplatz wieder zu besetzen, dessen bisheriger Inhaber für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten zu einer Verwaltungseinrichtung eines anderen Dienstherrn in dem in Artikel 1 Abs. 1 des Einigungsvertrags genannten Gebiet abgeordnet worden ist. Über den weiteren Verbleib der Planstellen und Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 17

(1) Wird ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung oder für eine Tätigkeit bei einer Fraktion oder Gruppe des Deutschen Bundestages unter Wegfall der Dienstbezüge länger als ein Jahr verwendet und besteht ein unabweisbares Bedürfnis, die Planstelle des Beamten neu zu besetzen, so kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Beamten eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Beamten ausbringen. Das gleiche gilt für eine Verwendung beim Bundeskanzleramt und bei sonstigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Das gleiche gilt ferner, wenn einem Beamten nach § 24 des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst vom 30. August 1990 (BGBl. I S. 1842) unter Wegfall der Besoldung Urlaub für die Dauer der Tätigkeit des Ehepartners an einer Auslandsvertretung gewährt worden ist.

(2) Kehren mehrere Beamte gleichzeitig in den Bundesdienst zurück, kann der Bundesminister der Finanzen mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in besonderen Fällen zulassen, daß nur jede zweite freiwerdende Planstelle für die zurückkehrenden Beamten in Anspruch zu nehmen ist.

(3) Für Beamte, die demnächst zur Verwendung im Dienst einer öffentlichen zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung ohne Dienstbezüge beurlaubt und die auf diese Verwendung vorbereitet werden sollen, kann der Bundesminister der Finanzen für die Zeit bis zum Wegfall der Dienstbezüge Planstellen ausbringen, wenn ein unabweisbares Bedürfnis besteht, ihre bisherigen Planstellen neu zu besetzen. Das gleiche gilt, wenn Ersatz für Beamte gewonnen werden soll, die ohne Wegfall der Dienstbezüge bei einer bestehenden oder erwarteten Einrichtung dieser Art verwendet werden oder künftig verwendet werden sollen oder die durch Teilnahme an zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Konferenzen länger als ein Jahr an der Erfüllung ihrer dienstlichen Aufgaben verhindert sind.

(4) Absatz 1 findet entsprechend Anwendung, wenn ein Beamter nach § 79 a Abs. 1 Nr. 2 oder § 89 a Abs. 2 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes langfristig beurlaubt wird.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend, wenn ein planmäßiger Beamter im dienstlichen Interesse des Bundes mit Zustimmung seiner obersten Dienstbehörde zur Verwendung in einem Entwicklungsland oder bei einer Auslandshandelskammer oder als Auslandskorrespondent der Gesellschaft für Außenhandelsinformationen (GfAI) ohne Dienstbezüge länger als ein Jahr beurlaubt wird.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten sinngemäß für Richter, Soldaten und Angestellte.

(7) Über den weiteren Verbleib der nach den Absätzen 1 bis 6 ausgebrachten Leerstellen und Planstellen ist im nächsten Haushaltsplan zu entscheiden.

§ 18

(1) Für einen planmäßigen Beamten, der nach § 72 a des Bundesbeamtengesetzes ohne Dienstbezüge beurlaubt wird, gilt vom Beginn der Beurlaubung an eine Leerstelle der entsprechenden Besoldungsgruppe als ausgebracht.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend bei Beurlaubungen nach § 48 b des Deutschen Richtergesetzes und § 28 a des Soldatengesetzes.

§ 19

Die Planstellen und Stellen, die in den Bundeshaushaltsplan 1991 aus den Mitarbeiternachweisen im Teil B des Dritten Nachtragshaushaltsplans 1990 umgesetzt worden sind, dürfen nur mit Bediensteten oder Bewerbern aus dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet besetzt werden. Soweit geeignete Bedienstete und Bewerber aus diesem Gebiet nicht zur Verfügung stehen, können die Planstellen und Stellen mit Zustimmung der obersten Bundesbehörde anderweitig besetzt werden.

§ 20

Wird ein planmäßiger Bundesrichter an einem obersten Gerichtshof des Bundes zum Richter des Bundesverfassungsgerichts gewählt, kann der Bundesminister der Finanzen für diesen Richter im Einzelplan des abgebenden obersten Gerichtshofes des Bundes eine Leerstelle der bisherigen Besoldungsgruppe des Bundesrichters ausbringen.

§ 21

Abweichend von § 50 Abs. 3 der Bundeshaushaltsordnung können

1. mit Einwilligung des Bundesministers der Finanzen für Beamte und Angestellte, die zu einer Vertretung der Bundesrepublik Deutschland im Ausland abgeordnet sind,

2. für Beamte des höheren Dienstes, die nach § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1990 (BGBl. I S. 449, 863) zur Ableistung der Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet sind,

3. für Beamte und Angestellte, die zu einer Verwaltung eines Landes in dem in Artikel 1 Abs. 1 des Einigungsvertrages genannten Gebiet abgeordnet sind,

von der abordnenden Verwaltung die Personalausgaben für die Dauer der Abordnung weitergezahlt werden.

§ 22

Die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen sind auf die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04 und 60 06 des Bundeshaushaltsplans entsprechend anzuwenden. Der Bundesminister der Finanzen kann Änderungen der Anlagen E, die auf Grund der endgültigen Feststellungen von Haushalts- oder Berichtigungshaushaltsplänen der Europäischen Gemeinschaften erforderlich werden, vornehmen und bekanntgeben. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages ist unverzüglich zu unterrichten.

§ 23

Der Bund gewährt der Bundesanstalt für Arbeit bei kurzfristigen Liquiditätsschwierigkeiten zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft zinslose Betriebsmitteldarlehen bis zur Höhe von 6 000 000 000 Deutsche Mark. Die Darlehen sind zurückzuzahlen, sobald und soweit die Einnahmen eines Monats die Ausgaben übersteigen und dieser Überschuß voraussichtlich im nächsten Monat des laufenden Haushaltsjahres nicht zur Deckung der Ausgaben benötigt wird, spätestens jedoch zum Schluß des Haushaltsjahres. § 187 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Juni 1969 (BGBl. I S. 582), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Juni 1991 (BGBl. I S. 1306) geändert worden ist, findet insoweit keine Anwendung. Der Ermächtigungsrahmen darf wiederholt in Anspruch genommen werden.

§ 24

Das nach Artikel 1 des Straßenbaufinanzierungsgesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 912-3, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24. Juni 1991 (BGBl. I S. 1318) geändert worden ist, und nach Artikel 3 des Verkehrsfinanzgesetzes 1971 vom 28. Februar 1972 (BGBl. I S. 201), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 537) geändert worden ist, für Zwecke des Straßenwesens gebundene Aufkommen an Mineralölsteuer ist auch für sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr zu verwenden.

§ 25

Erlöse aus Veräußerungen von Vermögenswerten des Verwaltungsvermögens, die nach Artikel 21 des Einigungsvertrags oder auf Grund eines Bundesgesetzes Bundesvermögen geworden sind, dienen der teilweisen Deckung von Ausgaben zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet.

§ 26

§ 19 Abs. 2 Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 1990 (BGBl. I S. 1730), das zuletzt durch Anlage I Kapitel XIV Abschnitt II Nr. 5 des Einigungsvertrags vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1126) geändert worden ist, findet keine Anwendung.

§ 27

(1) Die Deutsche Bundespost wird verpflichtet, die im Haushaltsjahr 1992 fälligen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse auf Grund des § 10 der Bankenverordnung (Beilage Nr. 5/48 zum Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, S. 24) gegenüber dem Bund zusteht.

(2) Die Vermögensgegenstände, die der Bundesminister für Post und Telekommunikation zur

Erfüllung seiner politischen und hoheitlichen Aufgaben nach § 1 Abs. 1 des Postverfassungsgesetzes vom 8. Juni 1989 (BGBl. I S. 1026), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Juni 1991 (BGBl. I S. 1314) geändert worden ist, aus dem Sondervermögen Deutsche Bundespost übernimmt, werden ohne Wertausgleich übertragen.

(3) Soweit der Bundesminister für Post und Telekommunikation ihm obliegende Aufgaben, die noch von den Unternehmen der Deutschen Bundespost wahrgenommen werden, erst nach dem 31. Dezember 1989 übernimmt, tragen die Unternehmen der Deutschen Bundespost die bis zur Übernahme entstehenden Personalausgaben und sächlichen Verwaltungsausgaben weiter.

§ 28

Der Präsident des Bundesausgleichsamtes wird ermächtigt, für den Ausgleichsfonds im Haushaltsjahr 1992 Kassenverstärkungskredite als Buchkredite bis zur Höhe von 100 Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

§ 29

§ 2 Abs. 5, die §§ 4, 5 und 6 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und 3 sowie die §§ 7 bis 27 gelten bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

§ 30

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1992 in Kraft.

Begründung**I. Allgemeiner Teil**

Mit seinen geplanten Ausgaben und Einnahmen wirkt der Bundeshaushalt direkt und indirekt auf eine Vielzahl von Einzelpreisen ein. Die vom Bundeshaushalt ausgehenden Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau lassen sich nicht exakt quantifizieren. Ob und inwieweit es zu einer Erhöhung des Preisniveaus kommt, hängt entscheidend von den binnen- und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und vom Verhalten der am Wirtschaftsprozess Beteiligten ab. Mit der vorgesehenen deutlichen Defizitbegrenzung und der mittelfristigen Konsolidierung trägt die Haushaltspolitik entsprechend Artikel 109 Abs. 2 GG den Erfordernissen der gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtsrechnung. Dies ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß auch zukünftig das bisher erreichte hohe Maß an Preisstabilität gewahrt werden kann.

II. Besonderer Teil**Zu § 1**

Die Vorschrift enthält die Zahlen des Gesamtabchlusses.

Zu § 2

Abs. 1:

Die Vorschrift enthält die erforderliche Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten zur Deckung von Ausgaben.

Abs. 2:

Satz 1 der Vorschrift bestimmt, daß der Kreditrahmen um Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1992 fällig werdenden Krediten erhöht wird.

Satz 2 regelt, daß Mehreinnahmen bei Titel 121 04 im Kapitel 60 02 (Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank) zur Tilgung fälliger Schulden zu verwenden sind und die Ermächtigung nach Satz 1 entsprechend vermindern.

Abs. 3:

Zum Ende eines jeden Haushaltsjahres sind kassemäßig beträchtliche Zahlungen zu leisten, die jedoch haushaltsmäßig als Ausgaben des neuen Haushaltsjahres zu behandeln sind. Aus kreditpolitischen Erwägungen und aus Gründen der Wirtschaftlichkeit eröffnet die Ermächtigung die Möglichkeit, günstige Situationen am Kreditmarkt flexibel zu nutzen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4:

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 5:

Von der in Anspruch genommenen Ermächtigung werden die Einnahmen aus dem Verkauf von

Schuldtiteln des Bundes und von Anleihen der Deutschen Bundesbahn, die vom Beschluß der Bundesregierung vom 1. Februar 1989 zur Übernahme von Altschulden der Deutschen Bundesbahn durch den Bund erfaßt werden, zu Zwecken der Marktpflege abgeschrieben.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr redaktionell verändert worden.

Zu § 3

Durch die Ermächtigung wird die Liquidität des Bundes sichergestellt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 4

Abs. 1

Die Vorschrift erweitert die in § 20 Bundeshaushaltsordnung enthaltenen Deckungsmöglichkeiten.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2:

Die Vorschrift läßt die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Ausgaben der Gruppen 422 (Bezüge der Beamten und Richter) und 425 (Vergütungen der Angestellten) zu.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3

Während Planstellen für Beamte nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen in der Zweckbestimmung der Besoldungstitel mit rechtsverbindlicher Wirkung für die Verwaltung ausgebracht sind, werden Stellen für Angestellte und Arbeiter lediglich in der Erläuterung der Titel ausgewiesen. Die Vorschrift bestimmt, daß die Stellen für Angestellte ebenfalls verbindlich sind, sofern der Bundesminister der Finanzen keine Abweichungen zuläßt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4

Die Vorschrift läßt zu, daß die Einnahmen bei den genannten Titeln den Ausgaben zufließen; Haushaltsvermerke bei den einzelnen Titeln sind dadurch entbehrlich.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 5

Die Vorschrift ermöglicht, daß Einnahmen im Zusammenhang mit der Einstellung von Schwerbehinderten zweckgebunden verwendet werden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 6

Die Vorschrift erleichtert den Austausch von Software in der öffentlichen Verwaltung und sichert die Gegenseitigkeit. Unwirtschaftliche Doppelentwick-

lungen sollen vermieden werden. Außerdem wird klargestellt, daß für erworbene Lizenzen an Standard-Software die jeweilige Lizenzvereinbarung maßgebend ist.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 7

Die Vorschrift regelt die begrenzte Deckungsfähigkeit von Ausgaben bei bestimmten Titeln der Hauptgruppe 5 (sächliche Verwaltungsausgaben) innerhalb eines Kapitels.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 8

Die Bestimmung enthält eine Ermächtigung für den Bundesminister der Finanzen mit Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Ausgaben im Epl. 14 anzuordnen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 9:

Die Verpflichtungsermächtigungen in den Bereichen Beschaffung von Wehrmaterial sowie Forschung und Entwicklung sind qualifiziert gesperrt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 10:

Die Regelung ermöglicht es, die Ausgaben für Arbeitnehmerinnen, deren Arbeitsverhältnisse nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor einer Kündigung geschützt sind, zu Lasten der Wartegeld-Titel zu leisten, bis die Arbeitnehmerinnen auf Stellen übernommen werden können.

Zu § 5

Bis zur Verabschiedung einer Neuregelung des § 37 der Haushaltsordnung ist es notwendig, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Mai 1977 durch eine Übergangsregelung im Haushaltsgesetz Rechnung zu tragen. Eine dauergesetzliche Regelung wird zur Zeit erarbeitet.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 6

Abs. 1:

Die Ermächtigung, an institutionelle Zuwendungsempfänger Ausgaben zu leisten, ist von der Billigung der Wirtschaftsplanentwürfe durch die genannten Bundesministerien abhängig. Durch die in Satz 2 angeordnete qualifizierte Sperre wird dem Anliegen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Rechnung getragen, die Wirtschaftsplanentwürfe in die Beratungen einzubeziehen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert worden.

Abs. 2:

Das Besserstellungsverbot, das früher in Verwaltungsvorschriften zu §§ 44, 44 a der Haushaltsordnung enthalten war, erhält Gesetzesrang.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3:

Die zu den Zuschußtiteln des Bundeshaushalts (institutionelle Förderung) aufgenommenen Stellenübersichten sind Teil der Erläuterungen und damit grundsätzlich nicht verbindlich. Sie können ganz oder teilweise nach § 17 Abs. 1 Satz 2 der Haushaltsordnung für verbindlich erklärt werden.

Da im Zeitpunkt des Aufstellungsverfahrens des Bundeshaushalts nicht im einzelnen abzusehen ist, welche Projektaufträge der jeweilige institutionell geförderte Zuwendungsempfänger im betreffenden Haushaltsjahr durchzuführen hat, wurden die Stellenübersichten für die Durchführung derartiger Projektaufgaben in die Stellenbindung nicht einbezogen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 7 Haushaltsgesetz 1991

Die Regelung ist gestrichen worden, da sie gegenüber Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes keinen eigenständigen Regelungsgehalt enthielt.

Zu § 7

(Vorjahr § 8)

Absatz 2 begrenzt die Möglichkeit, Rückflüsse bei den Ausgaben "rot" abzusetzen, auf das Haushaltsjahr.

Gegenüber dem Vorjahr entfällt Absatz 2 Satz 3, nach dem Umsatzsteuerkürzungsbeträge nach § 2 des Berlinförderungsgesetzes stets beim jeweiligen Ausgabebetitel abzusetzen sind. Die Abnehmerpräferenz des § 2 des Berlinförderungsgesetzes ist durch die Artikel 4 Nr. 3 und 25 Abs. 2 Satz 3 des Steueränderungsgesetzes 1991 mit Wirkung vom 1. Juli 1991 aufgehoben worden.

Zu § 8

(Vorjahr § 9)

Die §§ 8 bis 13 enthalten Regelungen über Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen. Der Ermächtigungsrahmen für Gewährleistungen nach Absatz 1 Nr. 2 bis 4 wird um 5 000 000 000 Deutsche Mark auf 35 000 000 000 Deutsche Mark erhöht, da ein Mehrbedarf für die Verbürgung von ungebundenen Finanzkrediten besteht.

Abs. 3:

Mit dem Ausschluß der Zollanschlußgebiete wird der Zustand vor Einfügung des § 9 Abs. 3 in das Haushaltsgesetz 1991 wiederhergestellt.

Zu § 9
(Vorjahr § 10)

Die Vorschrift ermächtigt den Bundesminister der Finanzen, Gewährleistungen für Marktordnungs- und Bevorratungsmaßnahmen auf dem Ernährungsgebiet zu übernehmen.

Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aus dem verminderten Kreditbedarf der Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnung.

Zu § 10
(Vorjahr § 11)

Der Ermächtigungsbetrag ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zwischen den einzelnen Ermächtigungsrahmen ergeben sich Verschiebungen bei Nr. 2, 5, 6, 11 und 14.

Neu aufgenommen wurde Nr. 4 b) zur Förderung des Wohnungsbaus in den neuen Bundesländern.

Innerhalb des Ansatzes sind folgende Rahmen vorgesehen:

Für die gewerbliche Wirtschaft (Nr. 1) bis zu	30 000 000 000 DM
für das Verkehrswesen (Nr. 2) bis zu	3 100 000 000 DM
für Umweltschutzmaßnahmen (Nr. 3) bis zu	20 000 000 DM
für den Wohnungsbau (Nr. 4) bis zu	25 000 000 000 DM
für Verbindlichkeiten der Deutschen Siedlungs- und Landesrentenbank (Nr. 5) bis zu	780 000 000 DM
für die Landwirtschaft (Nr. 6) bis zu	4 000 000 000 DM
für die Fischwirtschaft (Nr. 7) bis zu	30 000 000 DM
für die Freigabe beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens (Nr. 8) bis zu	1 000 000 DM
für Verbindlichkeiten des Ausgleichsfonds (Nr. 9) bis zu	1 000 000 DM
für die Abdeckung von Haftpflichtrisiken im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen (Nr. 10) bis zu	4 000 000 000 DM
für die Grundrentenabfindung bei der Kriegsopferversorgung (Nr. 11) bis zu	240 000 000 DM
für die Gesundung des Steinkohlenbergbaues und der Steinkohlenbergbaugebiete (Nr. 12) bis zu	6 000 000 000 DM
für die Verpflichtungen deutscher Personen, die im Rahmen der Auslandskulturarbeit oder zur Beschaffung von außenwirtschaftlichem Informationsmaterial ins Ausland entsandt werden, gegenüber den Zollbehörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit der Einfuhr von Umzugsgut (Nr. 13) bis zu	30 000 000 DM
für Unvorhergesehenes (Nr. 14) bis zu	2 542 000 000 DM

zuzüglich Restobligo aus § 11

Nr. 15 des Haushaltsgesetzes 1990 (Deutsche Demokratische Republik und Treuhandvermögen)	15 756 000 000 DM
insgesamt	91 500 000 000 DM

Zu § 11
(Vorjahr § 12)

Die Vorschrift ermöglicht die Übernahme von Haftungskapital bei acht internationalen Finanzierungsinstitutionen sowie dem Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe und an der Multilateralen Investitions-Garantie-Agentur der Weltbank.

Bei der Afrikanischen Entwicklungsbank ist in 1992 mit einer erheblichen Kapitalerhöhung zu rechnen. Sie macht eine Erhöhung des Ermächtigungsrahmens auf 49 500 000 000 Deutsche Mark erforderlich.

Zu § 12
(Vorjahr § 13)

Die Übernahme von Gewährleistungen wird auch in ausländischer Währung zugelassen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr redaktionell verändert worden.

Zu § 13
(Vorjahr § 14)

Es wird im einzelnen bestimmt, wie Gewährleistungen, die auf Grund von Ermächtigungen in Haushaltsgesetzen der vorangegangenen Jahre übernommen worden sind, sowie Beträge, die durch Enthaltungen freigeworden sind, auf den Gewährleistungsrahmen anzurechnen sind.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr redaktionell verändert worden.

Zu § 14
(Vorjahr § 15)

Die Hingabe von Schuldscheinen anstelle von Barleistungen ist in den Abkommen über die Gründung und in den Resolutionen über die Aufstockung des Kapitals der in § 14 genannten Banken und Fonds vorgesehen.

Die Abrufe erstrecken sich über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren. Sie richten sich nach dem Finanzierungsbedarf der Institutionen.

Durch die Begebung von Schuldscheinen wird eine nicht erforderliche Liquiditätshaltung bei den Institutionen zu Lasten des Bundeshaushalts vermieden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 15
(Vorjahr § 16)

Die Vorschrift ermöglicht es, kurzfristig notwendige Zustimmungen zu Kapitalerhöhungen bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung zu erteilen, um das Beteiligungsverhältnis des Bundes beibehalten zu

können. Zahlungen erfolgen über einen Ausgabeteil.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 16
(Vorjahr § 17)

Abs. 1 und 2:

Die Vorschrift ermöglicht es dem Bundesminister der Finanzen, mit Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages Planstellen für Beamte und Stellen zusätzlich auszubringen, wenn hierfür ein unabweisbares Bedürfnis vorliegt, z.B. zur Durchführung eines neuen gesetzlichen Auftrags.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3:

Die Bestimmung enthält eine Einsparungsaufgabe nach Zahl und Wertigkeit für die nach Absatz 1 zusätzlich bewilligten Planstellen und Stellen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 4:

Die Vorschrift regelt Einzelheiten bei der Ermittlung des Anteils der Planstellen der Besoldungsgruppe B 3.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 5 (gegenüber Vorjahr weggefallen):

Die nach dem Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 1991 erforderlichen Planstellenhebungen sind im RegE 1992 berücksichtigt worden, so daß eine Ermächtigung für den BMF zur Ausbringung im Vollzug 1992 nicht mehr erforderlich ist.

Abs.5 (Vorjahr Abs. 6):

Die Regelung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 17
(Vorjahr § 18)

Die Vorschrift regelt im wesentlichen das Verfahren zur Ausbringung von Leerstellen für Beamte, die ohne Dienstbezüge zu bestimmten Einrichtungen beurlaubt werden.

Absatz 3 stellt klar, daß Planstellen auch für Beamte ausgebracht werden können, die bei bestimmten Einrichtungen verwendet werden oder an einer langfristigen Konferenz teilnehmen sollen, ihre Dienstbezüge aber weiterhin vom bisherigen Dienstherrn erhalten.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 18
(Vorjahr § 19)

Die Bestimmung ermöglicht es, freiwerdende Planstellen unmittelbar nach Ausscheiden des Planstelleninhabers neu zu besetzen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 19
(Vorjahr § 20)

Die Vorschrift ermöglicht es, die Planstellen und Stellen, die mit Bediensteten oder Bewerbern aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik besetzt werden sollen, mit anderen Bewerbern zu besetzen, wenn geeignete Bedienstete oder Bewerber aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nicht zur Verfügung stehen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr redaktionell verändert worden.

Zu § 20
(Vorjahr § 21)

Die Bestimmung regelt das Ausbringen einer Leerstelle beim Sondertatbestand der Wahl eines Bundesrichters zum Richter an das Bundesverfassungsgericht.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 21
(Vorjahr § 22)

Die Abweichung von § 50 Abs. 3 Bundeshaushaltsordnung ermöglicht es, die Bediensteten langfristig an die Vertretungen abzuordnen. Die Tätigkeit der Bediensteten bei den Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland erfolgt im Interesse der abordnenden Verwaltung.

Außerdem wird ermöglicht, daß die abordnende Stelle die Personalausgaben für Bedienstete des höheren Dienstes, die gemäß § 8 Abs. 2 der Bundeslaufbahnverordnung zur Ableistung der neunmonatigen Probezeit außerhalb einer obersten Dienstbehörde abgeordnet werden, auch über den Zeitpunkt der Verabschiedung des nächsten Haushaltsgesetzes hinaus weiterzahlen kann.

Die Nummer 3 ermöglicht die Weiterzahlung der Personalausgaben bei der Abordnung von Bundesbediensteten zur Verwaltung eines Landes in dem in Artikel 1 Abs. 1 des Einigungsvertrags genannten Gebiet, ohne daß es der Einwilligung des Bundesministers der Finanzen bedarf.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 22
(Vorjahr § 23)

Es wird bestimmt, daß für die Anlagen E zu den Kapiteln 10 04 und 60 06 die Vorschriften des Haushaltsgrundsätzegesetzes, der Bundeshaushaltsordnung sowie die zu ihrer Änderung, Ergänzung und Durchführung erlassenen Bestimmungen entsprechend anwendbar sind.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 23
(Vorjahr § 24)

Die Regelung eröffnet dem Bund die Möglichkeit, der Bundesanstalt für Arbeit zur Behebung kurzfristiger Liquiditätsschwierigkeiten und damit zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft Betriebsmitteldarlehen zu gewähren.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr redaktionell verändert worden.

Zu § 24
(Vorjahr § 25)

Mit der Vorschrift wird die Zweckbindung eines Teils des Mineralölsteueraufkommens auch auf sonstige verkehrspolitische Zwecke im Bereich des Bundesministers für Verkehr ausgedehnt.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr redaktionell verändert worden.

Zu § 25
(Vorjahr § 26)

Die Vorschrift stellt den Auftrag des Artikel 21 des Einigungsvertrags über die Verwendung von Erlösen aus Veräußerungen von bestimmten Vermögenswerten sicher. Die im Bundeshaushalt veranschlagten Ausgaben für das in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannte Gebiet übersteigen die aus den Erlösen zu erwartenden Einnahmen um ein Vielfaches. Deshalb sind Einzelnachweise über die Verwendung der Erlöse entbehrlich.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 26
(Vorjahr § 27)

Die Vorschrift entbindet den Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau von der Verpflichtung gemäß § 19 Abs. 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes, die Verteilung der für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Mittel bis zum 1. Dezember des dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahres vorzunehmen.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 27
(Vorjahr § 29)

Abs. 1

Die Vorschrift enthält die Verpflichtung der Deutschen Bundespost, die im Haushaltsjahr 1991 fälli-

gen Zinsen für die Ausgleichsforderung zu übernehmen, die der Postsparkasse gegenüber dem Bund zusteht.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 2 und 3:

Die Vorschriften enthalten Übergangsregelungen, die sich auf die Trennung der politischen und hoheitlichen von den unternehmerischen und betrieblichen Aufgaben auf dem Gebiet des Post- und Fernmeldewesens auf Grund des § 1 Abs. 1 des Postverfassungsgesetzes beziehen.

Abs. 2:

Die Vermögensgegenstände sind zur Erfüllung der Hoheltaufgaben beschafft worden. Deshalb sollen mit der Aufgabe die zu ihrer Erfüllung beschafften Vermögensgegenstände übergehen. Verwaltungsaufwendige Wertermittlungen werden vermieden.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Abs. 3:

Solange der Bundesminister für Post und Telekommunikation ihm obliegende Aufgaben noch nicht übernommen hat, müssen die Aufgaben von den Unternehmen der Deutschen Bundespost weitergeführt werden. Zur Verwaltungsvereinfachung sollen die Unternehmen auch die damit verbundenen Ausgaben tragen. Verwaltungsaufwendige Erstattungsverfahren, die eine Aufgabenabgrenzung für die Vergangenheit innerhalb der Unternehmen erforderten, unterbleiben.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 28
(Vorjahr § 30)

Die Ermächtigung für den Präsidenten des Bundesausgleichsamts, Kassenverstärkungskredite für Zwecke des Lastenausgleichs aufzunehmen, wird zur Klarstellung mit dem vollen Wortlaut wiedergegeben.

Die Ermächtigung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Zu § 29
(Vorjahr § 31)

Die Vorschrift zählt die Bestimmungen auf, die bis zum Tage der Verkündung des Haushaltsgesetzes für das folgende Haushaltsjahr weitergelten.

Die Vorschrift ist gegenüber dem Vorjahr redaktionell verändert worden.

Zu § 30
(Vorjahr § 32)

Die Vorschrift regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Haushaltsgesetzes.

Entwurf
Gesamtplan
des Bundeshaushaltsplans
1992

Teil I: Haushaltsübersicht
mit Anlage Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einnahmen

Teil I: Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuer- ähnliche Abgaben
		1992 1000 DM
1	2	3
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	-
02	Deutscher Bundestag	-
03	Bundesrat	-
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	-
05	Auswärtiges Amt	-
06	Bundesminister des Innern	-
07	Bundesminister der Justiz	-
08	Bundesminister der Finanzen	-
09	Bundesminister für Wirtschaft	-
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6 050
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	-
12	Bundesminister für Verkehr	-
13	Bundesminister für Post und Telekommunikation	-
14	Bundesminister der Verteidigung	-
15	Bundesminister für Gesundheit	-
16	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	-
17	Bundesminister für Frauen und Jugend	-
18	Bundesminister für Familie und Senioren	-
19	Bundesverfassungsgericht	-
20	Bundesrechnungshof	-
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	-
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	-
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	-
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	-
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	-
32	Bundesschuld	-
33	Versorgung	-
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	-
36	Zivile Verteidigung	-
60	Allgemeine Finanzverwaltung ¹⁾	338 979 000
70	Summe Abschnitt B Dritter Nachtrag 1990	-
	Summe Haushalt 1992 ²⁾	338 985 050
	Summe Haushalt 1991	312 780 850
	gegenüber 1990 – mehr(+)/weniger(-) –	+ 26 204 200

¹⁾ Zu Spalte 3: Darin Steuereinnahmen in Höhe von 337,9 Mrd DM.

²⁾ Zu Spalten 4 und 5: Verwaltungseinnahmen sowie übrige Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten = 49 860 Millionen DM) = 33 715 Millionen DM.

Teil I: Haushaltsübersicht

Einnahmen

Gesamtplan

Verwaltungseinnahmen	Übrige Einnahmen	Summe Einnahmen		gegenüber 1991 mehr (+) weniger (-)	Epl.
		1992 1000 DM	1991 1000 DM		
4	5	6	7	8	9
83	-	83	128	- 45	01
3 406	1	3 407	2 922	+ 485	02
18	-	18	18	-	03
1 488	-	1 488	1 451	+ 37	04
70 773	2 000	72 773	74 227	- 1 454	05
187 132	11 301	198 433	93 820	+ 104 613	06
292 860	211	293 071	294 904	- 1 833	07
832 517	172 503	1 005 020	1 125 606	- 120 586	08
276 717	208 812	485 529	519 862	- 34 333	09
88 464	224 491	319 005	330 701	- 11 696	10
10 225	1 012 522	1 022 747	933 552	+ 89 195	11
1 960 492	127 356	2 087 848	1 399 181	+ 688 667	12
9 942 682	16 866	9 959 548	9 017 978	+ 941 570	13
557 535	176 310	733 845	860 715	- 126 870	14
84 678	840	85 518	78 062	+ 7 456	15
429 463	1 520	430 983	339 977	+ 91 006	16
10 716	13 637	24 353	22 582	+ 1 771	17
4 579	35 179	39 758	36 750	+ 3 008	18
378	-	378	487	- 109	19
22	865	887	1 531	- 644	20
76 672	1 187 540	1 264 212	1 287 767	- 23 555	23
31 223	1 083 608	1 114 831	1 220 927	- 106 096	25
-	-	-	-	-	27
55 653	14 501	70 154	70 610	- 456	30
5 637	387 700	393 337	353 767	+ 39 570	31
1 400 003	50 451 700	51 851 703	68 458 703	- 16 607 000	32
3 240	72 760	76 000	85 000	- 9 000	33
41 980	103 450	145 430	168 051	- 22 621	35
8 953	11 067	20 020	23 742	- 3 722	36
9 249 306	2 631 315	350 859 621	323 528 979	+ 27 330 642	60
-	-	-	-	-	70
25 626 895	57 948 055	422 560 000	410 332 000	+ 12 228 000	
22 586 684	74 964 466				
+ 3 040 211	- 17 016 411				

Gesamtplan

Ausgaben

Teil I: Haushaltsübersicht

Epl.	Bezeichnung	Personal-	Sächliche	Militärische	Schulden-
		ausgaben	Verwaltungs-	Beschaffungen,	dienst
		1992	1992	1992	1992
		1000 DM	1000 DM	1000 DM	1000 DM
1	2	3	4	5	6
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	14 785	9 392	–	–
02	Deutscher Bundestag	500 213	192 122	–	–
03	Bundesrat	15 624	8 807	–	–
04	Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	109 649	455 052	–	–
05	Auswärtiges Amt	1 007 321	255 787	–	–
06	Bundesminister des Innern	2 550 138	878 300	–	–
07	Bundesminister der Justiz	385 815	155 117	–	–
08	Bundesminister der Finanzen	2 954 801	1 230 388	–	111 245
09	Bundesminister für Wirtschaft	516 907	273 541	–	–
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	392 084	145 584	–	–
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	198 323	128 406	–	–
12	Bundesminister für Verkehr	1 817 775	2 530 386	–	–
13	Bundesminister für Post und Telekommunikation	227 626	129 236	–	–
14	Bundesminister der Verteidigung	26 276 603	6 043 688	17 889 509	–
15	Bundesminister für Gesundheit	228 358	185 421	–	–
16	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	179 300	313 737	–	–
17	Bundesminister für Frauen und Jugend	1 237 654	53 756	–	–
18	Bundesminister für Familie und Senioren	18 595	20 610	–	–
19	Bundesverfassungsgericht	17 663	3 272	–	–
20	Bundesrechnungshof	55 714	6 718	–	–
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	50 764	22 575	–	–
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	102 127	98 811	–	–
27	Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen	–	–	–	–
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	85 487	36 469	–	–
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	43 920	30 842	–	–
32	Bundesschuld	22 747	565 143	–	45 859 559
33	Versorgung	9 592 191	–	–	–
35	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	632 000	477 030	–	–
36	Zivile Verteidigung	159 237	265 320	–	–
60	Allgemeine Finanzverwaltung	2 394 900	721 210	689 000	–
70	Summe Abschnitt B Dritter Nachtrag 1990	–	–	–	–
	Summe Haushalt 1992	51 788 321	15 236 720	18 578 509	45 970 804
	Summe Haushalt 1991	50 740 108	14 896 908	20 121 037	42 536 222
	gegenüber 1991 – mehr(+)/weniger(–) –	+ 1 048 213	+ 339 812	– 1 542 528	+ 3 434 582

Teil I: Haushaltsübersicht

Ausgaben

Gesamtplan

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) 1992 1000 DM	Ausgaben für Investitionen 1992 1000 DM	Besondere Finanzierungs- ausgaben 1992 1000 DM	Summe Ausgaben			Epl.
			1992 1000 DM	1991 1000 DM	gegenüber 1991 mehr (+) weniger (-) 1000 DM	
7	8	9	10	11	12	13
3 400	1 262	-	28 839	29 975	- 1 136	01
121 360	60 735	-	874 430	903 575	- 29 145	02
252	3 465	-	28 148	25 588	+ 2 560	03
48 420	8 688	-	621 809	633 026	- 11 217	04
1 906 662	209 994	-	3 379 764	3 377 746	+ 2 018	05
4 073 741	745 249	-	8 247 428	8 278 370	- 30 942	06
126 709	47 819	-	715 460	692 639	+ 22 821	07
850 630	666 670	-	5 813 734	5 532 252	+ 281 482	08
6 659 263	7 212 011	-	14 661 722	14 509 430	+ 152 292	09
9 955 523	1 967 587	1 700	12 462 478	13 869 532	- 1 407 054	10
92 032 702	420 355	-	92 779 786	88 118 090	+ 4 661 696	11
12 917 029	22 734 325	-	39 999 515	35 459 067	+ 4 540 448	12
32 632	166 399	-	555 893	521 891	+ 34 002	13
2 034 160	256 040	-	52 500 000	52 534 704	- 34 704	14
493 779	126 713	-	1 034 271	1 156 618	- 122 347	15
100 018	837 696	-	1 430 751	1 279 125	+ 151 626	16
1 235 324	33 602	-	2 560 336	3 779 381	- 1 219 045	17
32 360 047	27 858	32	32 427 142	28 283 450	+ 4 143 692	18
-	2 288	-	23 223	22 431	+ 792	19
19	1 215	-	63 666	64 288	- 622	20
1 551 073	6 527 100	-	8 151 512	7 960 000	+ 191 512	23
4 898 243	3 575 814	-	8 674 995	8 091 197	+ 583 798	25
-	-	-	-	-	-	27
6 720 467	2 621 277	- 211 700	9 252 000	8 432 761	+ 819 239	30
3 480 317	2 940 657	- 42 500	6 453 236	6 174 256	+ 278 980	31
5 350 169	3 601 132	-	55 398 750	50 823 924	+ 4 574 826	32
2 375 922	-	-	11 968 113	10 790 680	+ 1 177 433	33
175 853	168 000	-	1 452 883	1 638 676	- 185 793	35
120 398	409 514	-	954 469	925 021	+ 29 448	36
33 244 967	12 595 570	400 000	50 045 647	56 424 307	- 6 378 660	60
-	-	-	-	-	-	70
222 869 079	67 969 035	147 532	422 560 000	410 332 000	+ 12 228 000	
219 154 568	65 046 137	- 2 162 980				
+ 3 714 511	+ 2 922 898	+ 2 310 512				

Anlage zur Haushaltsübersicht

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushaltsplan und deren Inanspruchnahme

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung 1992 1000 DM	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden				
			1993 1000 DM	1994 1000 DM	1995 1000 DM	Folgejahre 1000 DM	Für künftige Haushaltsjahre 1000 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
01	Bundespräsidialamt	–	–	–	–	–	–
02	Deutscher Bundestag	8 879	7 379	1 500	–	–	–
03	Bundesrat	–	–	–	–	–	–
04	Bundeskanzleramt	5 900	5 900	–	–	–	–
05	Auswärtiges Amt	230 902	149 302	51 600	–	–	30 000
06	Bundesminister des Innern	1 045 785	497 167	265 609	196 745	28 731	57 533
07	Bundesminister der Justiz	21 213	20 253	480	480	–	–
08	Bundesminister der Finanzen	308 430	213 130	58 800	1 000	–	35 500
09	Bundesminister für Wirtschaft	6 630 575	1 164 700	999 285	740 590	118 000	3 608 000
10	Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2 477 858	1 022 521	555 637	405 700	494 000	–
11	Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	564 905	300 905	196 950	65 050	2 000	–
12	Bundesminister für Verkehr	8 054 305	5 330 916	1 967 178	677 248	78 100	863
13	Bundesminister für Post und Telekommunikation	204 335	113 885	66 150	13 650	10 650	–
14	Bundesminister der Verteidigung	16 754 835	4 015 645	2 727 655	2 108 765	6 662 770	1 240 000
15	Bundesminister für Gesundheit	160 271	81 550	43 004	35 417	–	300
16	Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ...	543 540	218 960	146 850	62 830	–	114 900
17	Bundesminister für Frauen und Jugend	170 420	43 750	60 720	45 950	20 000	–
18	Bundesminister für Familie und Senioren	119 800	64 100	31 100	20 800	2 500	1 300
19	Bundesverfassungsgericht	560	400	160	–	–	–
20	Bundesrechnungshof	–	–	–	–	–	–
23	Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	5 849 795	492 103	400 500	259 700	134 500	4 562 992
25	Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3 518 850	949 000	789 550	489 100	1 291 200	–
30	Bundesminister für Forschung und Technologie	4 662 027	1 340 380	1 228 937	966 690	587 320	538 700
31	Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	674 230	366 476	169 501	99 001	20 252	19 000
32	Bundesschuldenverwaltung	1 500	1 500	–	–	–	–
35	Verteidigungslasten im Zusammen- hang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	25 000	16 500	7 300	1 200	–	–
36	Zivile Verteidigung	255 124	184 621	62 101	5 001	–	3 401
60	Allgemeine Finanzverwaltung	1 818 000	118 000	177 500	147 500	1 375 000	–
	Summe	54 107 039	16 719 043	10 008 067	6 342 417	10 825 023	10 212 489

Gesamtplan: Teil II

Finanzierungsübersicht

	Betrag für 1992	Betrag für 1991
	- 1000 DM -	
Ermittlung des Finanzierungssaldos		
1. Ausgaben	422 560 000	410 332 000
(ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags)		
2. Einnahmen	371 648 000	342 940 000
(ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Mehreinnahmen bei Kap. 60 02 Tit. 121 04, Einnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen und Münzeinnahmen)		
3. Finanzierungssaldo	- 50 912 000	- 67 392 000
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos		
4. Nettoneuverschuldung/Nettotilgung am Kreditmarkt		
4.1 Einnahmen	(129 350 000)	(162 200 300)
4.1.1 aus Krediten vom Kreditmarkt	129 350 000	162 200 300
4.1.2 aus Mehreinnahmen bei Kap. 60 02 Tit. 121 04	-	-
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	(79 490 000)	(95 704 000)
4.2.1 durch Kredite vom Kreditmarkt	79 490 000	95 704 000
4.2.2 durch Mehreinnahmen bei Kap. 60 02 Tit. 121 04	-	-
4.3 Ausgaben zur Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	-
Saldo	- 49 860 000	- 66 496 300
5. Ausgaben zur Tilgung der Investitionshilfe-Abgabe		79 300
6. Marktpflege	-	-
7. Nettoneuverschuldung insgesamt	- 49 860 000	- 66 417 000
8. Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen	-	-
9. Rücklagenbewegung		
9.1 Entnahmen aus Rücklagen		-
9.2 Zuführungen an Rücklagen	-	-
10. Münzeinnahmen	- 1 052 000	- 975 000
11. Finanzierungssaldo	- 50 912 000	- 67 392 000

Gesamtplan: Teil III**Kreditfinanzierungsplan**

	Betrag für 1992	Betrag für 1991
- 1000 DM -		
1. Einnahmen		
1.1 aus Krediten vom Kreditmarkt		
davon voraussichtlich		
1.1.1 langfristig	99 350 000	102 200 300
1.1.2 kürzerfristig	30 000 000	60 000 000
1.2 aus Mehreinnahmen bei Kap. 6002 Tit. 12104	-	-
Summe 1	129 350 000	162 200 300
2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt		
2.1 Tilgung langfristiger Schulden mit Laufzeiten von mehr als 4 Jahren	(61 734 000)	(76 065 000)
2.101 Schuldbuchforderungen der Träger der Sozialversicherung	-	-
2.102 Bundesanleihen (einschl. der Entschädigung für verspätet vorgelegte oder verlorengegangene Prämienanweisungen)	13 650 000	7 800 000
2.103 Bundesschatzbriefe	6 046 000	15 342 000
2.104 Schuldbuchkredite	-	-
2.105 Schuldscheindarlehen	14 613 000	18 957 000
2.106 Bundesschatzanweisungen	10 209 000	8 955 000
2.107 Bundesobligationen	17 100 000	24 900 000
2.108 Ausgleichsforderungen nach dem Umstellungsergänzungsgesetz	12 000	11 000
2.109 Ablösungsschuld	-	-
2.110 Altsparerentschädigung	-	-
2.111 Bereinigte Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)	-	-
2.112 Auf Grund des Gesetzes zur näheren Regelung der Entschädigungsansprüche für Auslandsbonds (Auslandsbonds-Entschädigungsgesetz)	-	-
2.113 Nachkriegsschulden für Verbindlichkeiten der Koka aus Anschlußgebieten	-	-
2.114 Ausgleichsforderungen und Rentenausgleichsforderungen zur Aufbesserung von Versicherungsleistungen	104 000	100 000

	Betrag für 1992	Betrag für 1991
	- 1000 DM -	
2.2 Tilgung kürzerfristiger Schulden mit Laufzeiten bis zu 4 Jahren	(17 756 000)	(19 639 000)
2.201 Bundesschatzanweisungen.....	2 392 000	3 389 000
2.202 Unverzinsliche Schatzanweisungen.....	738 000	543 000
2.203 Finanzierungsschätze des Bundes	11 483 000	13 977 000
2.204 Schuldscheindarlehen	3 143 000	1 730 000
2.3 Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	-	-
Summe 2	79 490 000	95 704 000
3. Ausgaben zur Tilgung der Investitionshilfe-Abgabe	-	79 300
4. Ausgaben zur Schuldentilgung insgesamt	79 490 000	95 783 300
5. Marktpflege	-	-
6. Zusammen	79 490 000	95 783 300
Saldo aus 1. und 6. (im Haushaltsplan insgesamt veranschlagte Nettoneuverschuldung)	49 860 000	66 417 000
Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften - einschließlich ERP-Sondervermögen und LA-Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	-	-
Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften - einschließlich ERP-Sondervermögen und LA - Fonds (im Haushaltsplan veranschlagt)	-	-

Übersichten

zum Bundeshaushaltsplan

1992 1)

Teil I: Gruppierungsübersicht

Teil II: Funktionenübersicht

Teil III: Haushaltsquerschnitt

**Teil IV: Übersicht über die den Haushalt
durchlaufenden Posten**

Teil V: Personalübersicht

1) Anlagen gemäß § 14 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl I S 1284) auf der Grundlage des für Bund und Länder einheitlichen Gruppierungs- und Funktionenplans.

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1992	1991
		– Millionen DM –	

Teil I: Gruppierungsübersicht

A. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Einnahme- und Ausgabegruppen

0	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	338 985	312 781
01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	236 938	219 875
02-04	Bundessteuern	100 989	91 925
09	Steuerähnliche Abgaben	1 058	981
091	Einnahmen aus Abschöpfungen	0	0
092	Münzeinnahmen	1 052	975
099	Sonstige	6	6
1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen .	29 882	27 721
11	Verwaltungseinnahmen	5 113	4 742
111	Gebühren, sonstige Entgelte	4 012	3 641
112	Geldstrafen und Geldbußen (einschl. Gerichts- und Verwaltungskosten)	33	33
113	Verkaufserlöse, soweit nicht unter 13	159	269
119	Sonstige	909	798
12	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und aus Vermögen (ohne Zinsen)	17 775	16 896
121	Gewinne aus Unternehmen und Beteiligungen	7 132	7 094
122	Konzessionsabgaben	9 698	8 775
124	Mieten und Pachten	716	711
125	Erlöse aus der Veräußerung von bewegl. Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	74	76
129	Sonstige	155	239
13	Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, soweit in der Vermögensrechnung erfaßt, Kapitalrückzahlungen	2 738	949
131	Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen	182	312
132	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	16	16
133	Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen	2 500	556
134	Kapitalrückzahlungen	40	66
15	Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich	251	247
152	von Ländern	244	241
153	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	7	6
155	vom ERP-Sondervermögen	–	–
157	von Zweckverbänden	–	–
16	Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen	1 172	1 216
161	Zinseinnahmen von öffentlichen Unternehmen	153	140
162	Sonstige Zinseinnahmen aus dem Inland	720	762
166	Zinseinnahmen aus dem Ausland	299	314
17	Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich	827	1 637
172	von Ländern	812	922
173	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	15	14
174	vom Lastenausgleichsfonds	–	–

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1992	1991
		– Millionen DM –	
176	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	–	700
177	von Zweckverbänden	–	1
18	Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen	2 005	2 034
181	Darlehensrückflüsse von öffentlichen Unternehmen	203	295
182	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	876	830
186	Darlehensrückflüsse aus dem Ausland	926	908
2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 828	3 408
21	Allgemeine Finanzzuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	–	–
23	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem öffentlichen Bereich	36	38
232	von Ländern	17	17
233	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	0	4
236	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	19	17
24	Sonstige Erstattungen aus dem öffentlichen Bereich	553	506
242	von Ländern	521	471
243	von Gemeinden und Gemeindeverbänden	22	25
245	vom ERP-Sondervermögen	–	–
246	von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit	10	9
247	von Zweckverbänden	1	2
25	Sonstige Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich	–	–
252	von Ländern	–	–
27	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	1 147	1 131
271	aus dem Inland	231	237
276	aus dem Ausland	916	894
28	Sonstige Erstattungen und Zuschüsse aus sonstigen Bereichen	2 092	1 733
281	Erstattungen aus dem Inland	560	529
282	Zuschüsse aus dem Inland	2	1
286	Erstattungen aus dem Ausland	1 530	1 203
287	Zuschüsse aus dem Ausland	–	–
29	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	–	–
3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	49 865	66 422
31	Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen	–	–
32	Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	49 860	66 417
325	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	49 860	66 417
33	Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich	–	–
34	Beiträge und sonstige Zuschüsse für Investitionen	5	5
341	Beiträge	5	5
342	Sonstige Zuschüsse für Investitionen aus dem Inland	0	0
35	Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	–	–
351	aus der Ausgleichsrücklage	–	–

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1992	1991
		– Millionen DM –	
352	aus der Betriebsmittelrücklage	–	–
355	aus der Konjunkturausgleichsrücklage	–	–
359	Sonstige	–	–
36	Einnahmen aus Überschüssen der Vorjahre	–	–
37	Globale Mehr- und Mindereinnahmen	–	–
38	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–
	Gesamteinnahmen	422 560	410 332
4	Personalausgaben	51 788	50 740
41	Aufwendungen für Abgeordnete und ehrenamtlich Tätige	347	368
411	Aufwendungen für Abgeordnete	339	360
412	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	8	8
42	Dienstbezüge und dergleichen	37 684	36 109
421	Bezüge des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	15	14
422	Bezüge der Beamten und Richter	8 624	7 785
423	Bezüge der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit, Wehrsold der Wehrpflichtigen sowie Sold der Zivildienstleistenden	15 891	15 360
425	Vergütungen der Angestellten	5 928	5 761
426	Löhne der Arbeiter	6 207	5 854
427	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich usw. Tätige	335	674
429	Nicht aufteilbare Personalausgaben	685	662
43	Versorgungsbezüge und dergleichen	9 034	8 729
431	des Bundespräsidenten, Bundeskanzlers, Ministers, Parlamentarischen Staatssekretärs, Wehrbeauftragten	9	9
432	der Beamten und Richter	2 438	2 431
433	der Soldaten	3 714	3 356
435	der Angestellten	–	–
437	nach G 131	2 584	2 590
439	Sonstige	288	344
44	Beihilfen, Unterstützungen und dergleichen	1 680	1 618
441	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dergleichen	529	492
442	Unterstützungen	3	3
443	Fürsorgeleistungen	506	513
446	Beihilfen für Versorgungsempfänger und dergleichen	641	609
45	Personalbezogene Sachausgaben	794	766
451	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen sowie für soziale Einrichtungen	3	3
453	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	750	692
459	Sonstiges	40	70
46	Globale Mehr- und Minderausgaben für Personalausgaben	2 250	3 150
5	Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw., Ausgaben für den Schuldendienst	79 786	77 554
51-54	Sächliche Verwaltungsausgaben	15 237	14 897

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1992	1991
		– Millionen DM –	
511	Geschäftsbedarf	213	215
512	Bücher, Zeitschriften	22	24
513	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	816	783
514	Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	201	188
515	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände ...	362	359
516	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände (einschl. Zuschüsse) ..	57	60
517	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2 466	2 498
518	Mieten und Pachten	965	964
519	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1 367	1 307
521	Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens	1 914	1 837
522	Verbrauchsmittel	1 083	1 117
523	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	2	2
524	Lehr- und Lernmittel	11	10
525	Aus- und Fortbildung, Umschulung	452	449
526	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	290	317
527	Dienstreisen	419	425
529	Verfüugungsmittel	19	19
531-546	Sonstiges	4 175	3 929
547	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	373	375
55	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	18 579	20 121
56	Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	–	–
57	Zinsausgaben an Kreditmarkt	45 950	42 515
571	an öffentliche Unternehmen	–	–
572	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
573	für Ausgleichsforderungen	116	120
575	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	45 826	42 387
576	an Ausland	8	8
58	Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse	–	–
59	Tilgungsausgaben an Kreditmarkt	20	21
591	an öffentliche Unternehmen	–	–
592	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
593	für Ausgleichsforderungen	–	–
595	an sonstigen inländischen Kreditmarkt	20	21
6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	222 869	219 155
61	Allgemeine Finanzzuweisungen an öffentlichen Bereich	13 103	16 675
612	an Länder	13 103	14 375
616	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	2 300
62	Schuldendiensthilfen an öffentlichen Bereich	241	331
622	an Länder	241	331
623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–
625	an ERP-Sondervermögen	–	–
626	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
627	an Zweckverbände	–	–

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1992	1991
		– Millionen DM –	
63	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an öffentlichen Bereich	2 063	2 063
632	an Länder	1 457	1 434
633	an Gemeinden und Gemeindeverbände	–	–
636	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	579	630
64	Sonstige Erstattungen an öffentlichen Bereich	14 924	18 702
642	an Länder	10 061	8 861
643	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1 035	1 051
646	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	3 824	8 784
647	an Zweckverbände	5	6
65	Sonstige Zuweisungen an öffentlichen Bereich	74 139	65 676
652	an Länder	5 808	7 364
653	an Gemeinden und Gemeindeverbände	105	107
654	an Lastenausgleichsfonds	770	810
656	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	67 456	57 395
66	Schuldendiensthilfen an sonstige Bereiche	12 835	7 166
661	an öffentliche Unternehmen	1 544	1 302
662	an private Unternehmen	1 046	605
663	an Sonstige im Inland	5 096	3 216
666	an Ausland	30	39
668	an ehemalige DDR	5 119	2 004
67	Erstattungen an sonstige Bereiche	2 011	1 986
671	an Inland	1 913	1 837
676	an Ausland	97	150
678	an ehemalige DDR	–	–
68	Sonstige Zuschüsse an sonstige Bereiche	102 468	105 535
681	Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	55 361	48 829
682	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen (soweit nicht unter 661 und 687)	7 677	9 248
683	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (soweit nicht unter 662)	9 144	9 594
684	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1 783	2 718
685	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	9 903	9 044
686	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	5 680	16 728
687	Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt ..	5 460	5 275
688	Zuschüsse für laufende Zwecke an ehemalige DDR	7 460	4 099
69	Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen	1 113	1 020
697	an Unternehmen	375	380
698	an Sonstige im Inland	698	600
699	an Ausland	40	40
7	Baumaßnahmen	11 323	8 759
8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungs- maßnahmen	56 647	56 287
81	Erwerb von beweglichen Sachen	2 043	2 110
811	Erwerb von Fahrzeugen im Inland	440	641
812	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Inland	1 157	1 106
813	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Inland	411	331

Grupp.- Nr.	Bezeichnung	1992	1991
		– Millionen DM –	
816	Erwerb von Fahrzeugen im Ausland	21	17
817	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Ausland	15	15
818	Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen im Ausland	–	–
82	Erwerb von unbeweglichen Sachen	575	676
83	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen	1 731	1 703
831	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland	255	235
836	Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland	1 476	1 468
85	Darlehen an öffentlichen Bereich	1 838	1 921
852	an Länder	1 813	1 896
853	an Gemeinden und Gemeindeverbände	26	24
856	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	–
86	Darlehen an sonstige Bereiche	3 120	3 142
861	an öffentliche Unternehmen	280	254
862	an private Unternehmen	7	155
863	Darlehen an Sonstige im Inland	68	44
866	Darlehen an Ausland	2 765	2 690
87	Inanspruchnahme aus Gewährleistungen	3 600	4 250
88	Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich	20 148	23 535
882	an Länder	19 086	21 958
883	an Gemeinden und Gemeindeverbände	462	997
885	an ERP-Sondervermögen	600	500
886	an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	–	80
887	an Zweckverbände	–	–
89	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche	23 592	18 951
891	an öffentliche Unternehmen	9 055	7 331
892	an private Unternehmen	3 298	1 706
893	an Sonstige im Inland	4 128	3 820
896	an Ausland	7 090	6 076
898	an ehemalige DDR	22	18
9	Besondere Finanzierungsausgaben	148	– 2 163
91	Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	–	–
96	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	–	–
97	Globale Mehr- und Minderausgaben	148	– 2 163
971	Globale Mehrausgaben	400	822
972	Globale Minderausgaben	– 253	– 2 985
98	Haushaltstechnische Verrechnungen	0	0
	Gesamtausgaben	422 560	410 332

Ausgaben	1992	1991
	– Millionen DM –	

Teil I: Gruppierungsübersicht

B. Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten

I Laufende Rechnung

1	Personalausgaben	51 788	50 740
11	Aktivitätsbezüge	41 674	40 768
12	Versorgung	10 115	9 972
2	Laufender Sachaufwand	45 826	46 269
21	Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	3 281	3 144
22	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	18 579	20 121
23	Sonstiger laufender Sachaufwand	23 967	23 004
3	Zinsausgaben	45 950	42 515
31	an Verwaltungen	–	–
32	an andere Bereiche	45 950	42 515
321	Sozialversicherung	–	–
322	sonstige	45 950	42 515
4	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	209 866	207 064
41	an Verwaltungen	50 189	43 510
411	Länder	30 606	32 332
412	Gemeinden	1 140	1 158
413	LAF	770	810
414	ERP	–	–
415	Zweckverbände	5	6
416	Fonds „Deutsche Einheit“	12 569	6 004
417	Kreditabwicklungsfonds	5 000	3 200
418	Vermögensentschädigungsfonds	100	–
42	an andere Bereiche	159 677	163 554
421	an Unternehmen	19 550	20 791
422	an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt	5 460	5 275
423	Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	55 340	48 829
424	an Sozialversicherung	71 824	69 075
425	an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 783	2 718
426	an Ausland	5 710	16 767
427	an ehemalige DDR	10	99
	Summe laufende Ausgaben	353 428	346 588

Ausgaben		1992	1991
		– Millionen DM –	
II Kapitalrechnung			
1	Sachinvestitionen	13 941	11 544
11	Baumaßnahmen	11 323	8 759
12	Erwerb von beweglichen Sachen	2 043	2 110
13	Gründerwerb	575	676
2	Vermögensübertragungen	45 155	43 797
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	43 740	42 486
211	an Verwaltungen	20 148	23 455
2111	Länder	19 086	21 958
2112	Gemeinden	462	997
2114	ERP	600	500
212	an andere Bereiche	23 592	19 031
2121	Inland	16 481	12 937
2122	Ausland	7 090	6 076
2123	ehemalige DDR	22	18
22	sonstige Vermögensübertragungen	1 415	1 311
221	an Verwaltungen	302	291
2211	Länder	302	291
222	an andere Bereiche	1 113	1 020
2221	Unternehmen-Inland	375	380
2222	Private Haushalte-Inland	698	600
2223	Ausland	40	40
3	Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	10 289	11 016
31	Darlehensgewährung	8 558	9 313
311	an Verwaltungen	1 838	1 921
3111	Länder	1 813	1 896
3112	Gemeinden	26	24
312	an andere Bereiche	6 720	7 392
3122	Sonstige-Inland	3 955	4 703
3123	Ausland	2 765	2 690
32	Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	1 731	1 703
321	Inland	255	235
322	Ausland	1 476	1 468
4	Darlehensrückzahlungen an Verwaltungen	–	–
	Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	69 384	66 357
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	– 253	– 2 613
	Ausgaben zusammen	422 560	410 332
III Finanzierung			
6	Zuführung an Rücklagen	–	–
	Summe	–	–
7	(Saldo Finanzierungsüberschuß)	–	–
IV Haushaltstechnische Verrechnungen			
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–
	Ausgaben lt. Haushaltsplan	422 560	410 332

Einnahmen		1992	1991
		– Millionen DM –	
I Laufende Rechnung			
1	Steuern ¹⁾	337 927	311 800
2	Steuerähnliche Abgaben	6	6
3	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	17 775	16 896
31	Mieten und Pachten	716	711
32	sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	17 060	16 185
4	Zinseinnahmen	1 423	1 463
41	von Verwaltungen	251	247
4111	Länder	244	241
4112	Gemeinden	7	6
42	von anderen Bereichen	1 172	1 216
5	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	2 715	2 311
51	von Verwaltungen	561	518
5111	Länder	538	488
5112	Gemeinden	22	29
5115	Zweckverbände	1	2
52	von anderen Bereichen	2 154	1 792
521	Sozialversicherung	28	26
522	Sonstige-Inland	595	563
523	Ausland	1 530	1 203
6	Sonstige laufende Einnahmen	6 227	5 839
	Summe laufende Einnahmen	366 073	338 315

¹⁾ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder

Einnahmen		1992	1991
		– Millionen DM –	
II Kapitalrechnung			
1	Veräußerung von Sachvermögen	198	328
2	Vermögensübertragungen	5	5
21	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	5	5
211	von Verwaltungen	–	–
212	von anderen Bereichen	5	5
2122	Sonstige-Inland	5	5
22	Sonstige Vermögensübertragungen	–	–
3	Darlehnsrückflüsse, Veräußerung von Beteiligungen	5 371	4 292
31	Darlehnsrückflüsse	2 832	3 671
311	von Verwaltungen	827	937
3111	Länder	812	922
3112	Gemeinden	15	14
3115	Zweckverbände	–	1
312	von anderen Bereichen	2 005	2 734
3121	Sozialversicherung	–	700
3122	Sonstige-Inland	1 079	1 125
3123	Ausland	926	908
32	Veräußerung von Beteiligungen, Rückflüsse von Kapitaleinlagen	2 540	621
4	Darlehnsaufnahme bei Verwaltungen	–	–
	Summe Einnahmen der Kapitalrechnung	5 575	4 625
5	Globalansätze (soweit nicht aufgeteilt)	–	–
	Einnahmen zusammen	371 648	342 940
III Finanzierung			
61	Nettokreditaufnahme	49 860	66 417
62	Entnahme aus Rücklagen	–	–
63	Münzeinnahmen	1 052	975
	Summe	50 912	67 392
7	(Saldo Finanzierungsdefizit)	50 912	67 392
IV Haushaltstechnische Verrechnungen			
8	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–
	Einnahmen lt. Haushaltsplan	422 560	410 332

Erläuterungen zum Teil I B

(Gruppierungsübersicht, Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten)

Die vorstehende ökonomische Gliederung versucht die Einnahmen und Ausgaben des Bundes als Teil des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs darzustellen. Sie deckt sich nicht vollständig mit der des Staatskontos der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das teilweise Gesichtspunkten Rechnung tragen muß, denen eine auf Haushaltszahlen basierende Einteilung naturgemäß nicht in allen Fällen folgen kann; die Gliederung der Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Arten ist jedoch soweit dem Staatskonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung angeglichen, daß sie einer gesamtwirtschaftlichen Beurteilung der Bundesfinanzen zugrunde gelegt werden kann.

Die vorstehende ökonomische Gliederung (Teil I B) weicht vom Teil I A der Gruppierungsübersicht in folgenden Punkten ab:

- Die Zahlungen an/von Sozialversicherungsträger werden - der Finanzstatistik folgend - den sonstigen Bereichen zugeordnet.

- Zahlungen im Rahmen der Schuldendiensthilfen an Dritte, die für die Tilgung von Schulden bestimmt sind, werden **nicht** wie die Zinszuschüsse bei den laufenden Übertragungen, sondern bei den "sonstigen Vermögensübertragungen" nachgewiesen.

- Global veranschlagte Personalverstärkungsmittel sind denjenigen ökonomischen Ausgabearten zugeordnet, die sie voraussichtlich berühren.

Im einzelnen schließen die Ausgabe- und Einnahmepositionen der ökonomischen Gliederung folgende Gruppen ein:

Aktivitätsbezüge: Obergruppen 41 und 42; Gruppen 441, 442, 443; Obergruppe 45.

Versorgung: Obergruppe 43; Gruppe 446.

Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens; Gruppen 519 und 521.

Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.: Obergruppe 55.

Sonstiger laufender Sachaufwand: Obergruppen 51 bis 54 (ohne Gruppen 519 und 521) und 67; Gruppe 685.

Zinsausgaben an Verwaltungen: Obergruppe 56.

Zinsausgaben an andere Bereiche: Obergruppe 57.

Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich: Obergruppen 61 bis 65 (ohne Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656), soweit nicht Tilgungszuweisungen.

Laufende Zuschüsse an Unternehmen: Gruppen 661, 662 und 663, soweit nicht Tilgungszuschüsse; Gruppen 682 und 683.

Laufende Zuschüsse an öffentliche Unternehmen, soweit nicht durch den laufenden Betrieb bedingt: Gruppe 687.

Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen: Gruppe 681.

Laufende Zuschüsse an Sozialversicherung: Gruppen 616, 626, 636, 646 und 656.

Laufende Zuschüsse an private Institutionen ohne Erwerbscharakter: Gruppe 684.

Laufende Zuschüsse an Ausland: Gruppen 666 und 686.

Zuschüsse für Investitionen an das in Art. 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet: Gruppe 898

Baumaßnahmen: Hauptgruppe 7.

Erwerb von beweglichen Sachen: Obergruppe 81.

Grunderwerb: Obergruppe 82.

Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 88 (ohne Gruppe 886).

Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche: Gruppen 886, 891, 892 und 893.

Zuschüsse für Investitionen an Ausland: Gruppe 896.

Laufende Zuschüsse an das in Art. 3 des Einigungsvertrages genannte Gebiet: Gruppen 668, 688

Sonstige Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich: Gruppen 692 und 693 (einschließlich Tilgungszuweisungen).

Sonstige Vermögensübertragungen an Unternehmen: Gruppe 697 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Sonstige im Inland: Gruppe 698 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Sonstige Vermögensübertragungen an Ausland: Gruppe 699 (einschließlich Tilgungszuschüsse).

Darlehen an öffentlichen Bereich: Obergruppe 85 ohne Gruppe 856.

Darlehen an sonstige Bereiche: Gruppen 856, 861, 862 und 863; Obergruppe 87.

Darlehen an Ausland: Gruppe 866.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Inland: Gruppe 831.

Erwerb von Beteiligungen und dergleichen im Ausland: Gruppe 836.

Darlehensrückzahlung an Gebietskörperschaften: Obergruppe 58 (ohne Gruppe 586).

Zuführung an Rücklagen: Obergruppe 91.

Steuern: Obergruppen 01 bis 08.

Steuerähnliche Abgaben: Obergruppe 09 (ohne Gruppe 092).

Mieten und Pachten: Gruppe 124.

Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit: Obergruppe 12 (ohne Gruppe 124).

Zinseinnahmen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 15 (ohne Gruppe 156).

Zinseinnahmen aus sonstigen Bereichen: Obergruppe 16.

Laufende Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppen 21 bis 25 (ohne Gruppen 216, 226, 246 und 256 sowie ohne Tilgungszuweisungen).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 216, 226, 236, 246, 256, 261, 281 und 282; Gruppe 112 (ohne Tilgungszuschüsse).

Laufende Zuschüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 266, 286 und 287 (ohne Tilgungszuschüsse).

Sonstige laufende Einnahmen: Gruppen 111, 113 und 119; Obergruppe 27.

Veräußerung von Sachvermögen: Gruppen 131 und 132.

Zuweisungen für Investitionen aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 33 (ohne Gruppe 336).

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 336, 341 und 342.

Zuschüsse für Investitionen aus sonstigen Bereich (Ausland): Gruppe 346.

Sonstige Vermögensübertragungen: Obergruppe 29 einschließlich Tilgungszuweisungen und -zuschüssen.

Darlehensrückflüsse aus dem öffentlichen Bereich: Obergruppe 17 (ohne Gruppe 176).

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Inland): Gruppen 141, 176, 181 und 182.

Darlehensrückflüsse aus sonstigen Bereichen (Ausland): Gruppen 146 und 186.

Veräußerung von Beteiligungen, Kapitalrückzahlungen: Gruppen 133 und 134.

Schuldenaufnahmen bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftlichen Zusammenschlüssen: Gruppen 312 bis 317.

Nettoschuldenaufnahme am Kreditmarkt 1): Obergruppen 32 und 36 abzüglich Obergruppen 59 und 586.

Entnahme aus Rücklagen: Obergruppe 35.

Münzeinnahmen: Gruppe 092.

Die vorstehende ökonomische Gliederung berücksichtigt dagegen wie die Gruppierungsübersicht (Teil I A) die Fallgruppensystematik zur Bereinigung des Zahlungsverkehrs zwischen Bund und Ländern bzw. zwischen Bund und Gemeinden.

1) Zu den Kreditmarkttransaktionen rechnen auch die Darlehensgewährungen der Sozialversicherung bzw. deren Tilgung.

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1992		1991	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			

Teil II: Funktionenübersicht

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Funktionen/Aufgabenbereichen

0	Allgemeine Dienste	4 129	97 916	4 072	103 165
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	304	24 259	329	18 271
011	Politische Führung	81	3 932	100	4 365
012	Innere Verwaltung	16	225	11	336
013	Informationswesen	16	257	15	219
014	Statistischer Dienst	13	231	13	219
015	Zivildienst	7	1 610	7	1 838
016	Steuer- und Zollverwaltung, Vermögensverwaltung	76	3 605	77	3 385
017	Schuldenverwaltung und sonstige Finanzverwaltung	2	30	2	27
018	Hochbauverwaltung	94	598	103	567
019	Sonstige allgemeine Staatsaufgaben	–	13 773	2	7 313
02	Auswärtige Angelegenheiten	2 500	15 539	2 378	24 996
021	Auslandsvertretungen	57	991	60	985
022	Internationale Organisationen	923	489	894	476
023	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	1 264	8 074	1 288	7 884
024	Auslandsschulwesen und kulturelle Angelegenheiten im Ausland	10	1 010	10	951
029	Sonstiges	246	4 974	127	14 702
03	Verteidigung	887	54 806	1 041	57 008
031	Verwaltung	0	10 238	0	9 948
032	Deutsche Verteidigungsstreitkräfte	712	38 762	829	40 968
033	Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte	145	1 449	168	1 634
034	Zivile Verteidigung	20	949	24	920
036	Wissenschaftliche Forschung	10	2 952	20	3 082
037	Unterhaltssicherung	–	455	–	457
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	150	2 728	33	2 341
041	Bundesgrenzschutz (nur Bund)	148	1 982	21	1 651
042	Polizei	1	423	11	406
044	Brandschutz	–	–	–	–
049	Sonstiges	1	323	1	284
05	Rechtsschutz	287	584	291	549
051	Verfassungsgerichte	0	23	0	22
052	Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften	25	146	23	139
053	Verwaltungsgerichte	1	30	1	27
054	Arbeits- und Sozialgerichte	1	63	2	58
055	Finanzgerichte	3	28	3	22
059	Sonstige Rechtsschutzaufgaben	257	294	262	281

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1992		1991	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	660	21 144	616	20 084
11	Verwaltung	–	5	–	6
12	Schulen und vorschulische Bildung	–	16	–	16
13	Hochschulen	10	3 339	10	2 935
131	Universitäten, Technische Hochschulen, Technische Universitäten einschließlich Universitätsbibliotheken und veterinärmedizinischen Kliniken sowie andere Hochschulen mit Universitätsrang	–	0	–	0
133	Verwaltungsfachhochschulen	10	69	10	47
137	Fachhochschulen	–	5	–	0
138	Deutsche Forschungsgemeinschaft	–	816	–	765
139	Sonstiges	–	2 450	–	2 122
14	Förderung des Bildungswesens	387	3 284	348	3 222
141	Ausbildungsförderung für Schüler	–	660	–	660
142	Ausbildungsförderung für Studierende	384	2 059	344	2 047
143	Andere Förderungsmaßnahmen für Schüler	–	–	–	–
144	Andere Förderungsmaßnahmen für Studierende	3	365	4	366
146	Studentenwohnraumförderung	–	200	–	150
149	Sonstiges	–	–	–	–
15	Sonstiges Bildungswesen	2	1 056	2	938
151	Außerschulische Jugendbildung	–	29	–	29
153	Sonstige Weiterbildung	–	133	–	153
155	Betriebliche und überbetriebliche berufliche Aus- und Fortbildung einschließlich Ausbilderförderung	2	531	2	389
156	Förderung der politischen Bildung	1	281	1	270
157	Bibliothekswesen	–	–	–	–
158	Berufsakademien, Fachakademien	–	4	–	4
159	Sonstiges	–	78	–	93
16/17	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschule (ohne Forschung der Verteidigung Funktion 036) ¹⁾	270	12 096	256	11 634
161	Fächerübergreifende Förderungs- und Trägerorganisationen in Wissenschaft und Forschung	–	1 301	–	692
162	Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Dokumentation, Dokumentationsforschung	1	538	1	451
163	Wissenschaftliche Museen	–	35	–	30
165	Kernforschung	–	1 895	–	1 992
166	Sonstige Energieforschung	–	411	–	457
167	Weltraumforschung und -technik	–	1 866	–	1 681
168	Informatik, Datenverarbeitung	–	195	–	198
169	Technologische Forschung und Entwicklung	87	1 561	87	1 533
171	Wirtschaft einschließlich Infrastruktur	52	975	52	913
172	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	–	487	–	513
173	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	0	392	0	388
174	Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	18	432	21	525
175	Soziale Fragen, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen	83	1 008	75	992
176	Bau- und Wohnungswesen, Raum- und Städteplanung	0	86	0	126
177	Boden- und Meeresforschung	4	300	4	306

¹⁾ Einschl. Zuschüsse zu den Sonderforschungsbereichen, ohne Forschung der Verteidigung 036

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1992		1991	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
178	Bildungswesen	–	23	–	25
179	Sonstiges	15	591	16	812
18	Kunst- und Kulturpflege	–	1 137	–	1 302
181	Theater	–	–	–	–
182	Berufssorchester und -chöre, sonstige Musikpflege	–	34	–	31
183	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	–	91	–	40
184	Denkmalsschutz und Denkmalspflege	–	68	–	14
185	Naturschutz und Landschaftspflege	–	60	–	52
189	Sonstiges	–	884	–	1 165
19	Kirchliche Angelegenheiten	–	211	–	31
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1 200	144 562	1 767	135 104
21	Verwaltung	15	852	13	863
211	Versicherungsbehörden	15	70	13	62
214	Versorgungsämter	–	10	–	16
215	Lastenausgleichsverwaltung	0	17	0	17
216	Wiedergutmachungsbehörden	–	–	–	–
219	Sonstige Behörden im Bereich der sozialen Sicherung	0	756	0	769
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	509	69 235	1 167	66 805
221	Rentenversicherung der Angestellten und Arbeiter (nur Bund)	–	49 178	–	45 068
222	Knappschaftsversicherung (nur Bund)	–	12 846	–	12 516
223	Unfallversicherung	38	778	37	770
224	Krankenversicherung	–	1 615	700	1 620
225	Arbeitslosenversicherung (nur Bund)	–	40	–	2 380
226	Altershilfe für Landwirte (nur Bund)	–	3 784	–	3 548
229	Sonstige Sozialversicherungen	470	993	430	904
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	92	36 482	84	32 454
231	Kindergeld	2	22 650	2	20 450
232	Mutterschutz (nur Bund)	–	8 680	–	6 734
233	Wohngeld	–	4 000	–	2 800
234	Sozialhilfeleistungen	33	11	30	311
236	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	–	134	–	169
237	Jugendhilfeleistungen	46	623	41	623
238	Einrichtungen der Jugendhilfe des öffentlichen Bereichs	11	28	11	1 011
239	Förderung der freien Jugendhilfe	–	357	–	356
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	419	17 630	368	16 344
241	Leistungen der Kriegsopferversorgung und gleichartige Leistungen (nur Bund)	0	12 201	0	11 025
242	Einrichtungen der Kriegsopferversorgung	–	62	–	63
243	Lastenausgleich	–	770	–	810
244	Wiedergutmachung nach den Entschädigungsgesetzen	–	824	–	847
245	Sonstige Wiedergutmachungsleistungen	–	29	–	29
246	Vertriebene und Flüchtlinge	4	734	3	1 025
247	Kriegsopferversorge	415	1 827	364	1 513
249	Sonstiges	0	1 184	0	1 033

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1992		1991	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
25	Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsschutz	165	18 853	135	17 272
251	Arbeitslosenhilfe (nur Bund)	0	8 586	0	7 681
252	Hilfen für die Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	71	1 048	32	724
253	Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeits- förderung	76	9 099	84	8 745
254	Arbeitsschutz	19	120	18	121
26	Naturkatastrophen	–	–	–	–
27	Förderung der Vermögensbildung	–	750	–	815
29	Sonstige soziale Angelegenheiten	0	761	0	552
3	Gesundheit, Sport und Erholung	432	2 254	341	2 166
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	1	327	1	351
312	Krankenhäuser und Heilstätten	1	3	1	3
314	Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	316	0	337
319	Sonstiges	0	9	0	11
32	Sport und Erholung	–	268	–	248
323	Sportstätten	–	60	–	57
324	Förderung des Sports	–	208	–	191
329	Sonstiges	–	–	–	–
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	431	1 659	340	1 567
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 199	4 606	1 333	5 056
41	Wohnungswesen	1 138	3 547	1 273	3 564
411	Förderung des Wohnungsbaues	1 138	3 545	1 273	3 552
419	Sonstiges	–	2	–	12
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	1	–	1
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	60	148	60	149
44	Städtebauförderung	0	910	0	1 342
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	938	5 933	626	7 789
51	Verwaltung (ohne Betriebsverwaltung)	10	86	9	80
511	Ernährung und Landwirtschaft	10	86	9	80
52	Verbesserung der Agrarstruktur	799	3 231	469	3 135
521	Flurbereinigung	19	–	17	–
522	Einzelbetriebliche Maßnahmen ¹⁾	195	8	185	13
523	Verbesserung der Marktstruktur ¹⁾	–	8	–	111
524	Wirtschaftswege ¹⁾	–	–	–	–
528	EWG-Ausrichtungsfonds	406	–	186	–
529	Sonstiges ¹⁾	180	3 215	81	3 011

¹⁾ Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1992		1991	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	102	2 375	126	4 317
531	EWG-Garantiefonds	59	–	59	–
532	Marktordnungen (einschl. EG)	39	391	63	1 528
533	Gasölverbilligung	–	1 010	–	915
534	Aufwertungsausgleich	–	–	–	–
539	Sonstiges	4	974	4	1 874
54	Sonstige Bereiche	26	241	22	256
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2 564	18 621	2 650	25 166
61	Verwaltung	31	118	27	118
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	152	1 632	224	1 923
621	Kernenergie	–	191	–	47
622	Sonstige Energieformen	151	–	201	800
623	Wasserwirtschaft ¹⁾ und Kulturbau	0	–	0	–
624	Talsperren, Hochwasserrückhaltebecken	–	–	1	–
625	Küstenschutz ¹⁾	–	–	–	–
626	Erdölversorgung	–	54	22	39
627	Sonstige Energieversorgung	–	159	–	58
628	Sonstige Rohstoffbeschaffungsmaßnahmen	–	–	–	–
629	Sonstiges	–	1 229	–	979
63	Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	5 933	–	6 645
631	Kohlenbergbau	–	2 829	–	3 147
632	Sonstiger Bergbau	–	1 170	–	1 130
634	Verarbeitende Industrie	–	1 689	–	2 128
635	Handwerk und Kleingewerbe	–	244	–	238
638	Baugewerbe	–	–	–	–
639	Sonstiges verarbeitendes Gewerbe	–	1	–	1
64	Handel	–	254	–	199
641	Handel (allgemein)	–	34	–	34
642	Exportförderung, Auslandsmessen	–	125	–	130
643	Märkte und Inlandsmessen	–	60	–	–
649	Sonstiges	–	35	–	35
65	Fremdenverkehr	–	47	–	47
66	Geld- und Versicherungswesen	52	65	50	61
661	Banken und sonstige Kreditinstitute	25	35	26	33
662	Versicherungen	26	30	25	27
669	Sonstiges	–	–	–	–
67	Sonstige Dienstleistungen	–	2	–	2
68	Sonstige Bereiche	1 573	3 733	1 537	4 469
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	757	6 836	811	11 702
691	Betriebliche Investitionen	–	2 248	–	2 167
692	Verbesserung der Infrastruktur	550	3 388	560	8 429
699	Sonstiges	207	1 200	251	1 106

¹⁾ Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nicht aufgeteilt (Nachweis in Funktion 529)

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1992		1991	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	2 117	22 911	1 481	17 683
71	Verwaltung	359	590	355	556
711	Straßen- und Brückenbau	7	–	8	–
712	Wasserstraßen und Häfen	225	406	223	378
719	Sonstiges	127	184	124	178
72	Straßen	132	13 796	129	11 030
721	Bundesautobahnen	104	4 594	102	3 975
722	Bundesstraßen	24	4 950	23	4 058
723	Landstraßen	–	55	–	55
725	Gemeindestraßen	3	2 621	3	2 471
729	Sonstiges	1	1 576	1	472
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	596	2 207	93	2 108
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	119	2 468	117	2 216
75	Luftfahrt	788	1 126	669	961
751	Flugsicherung	778	1 083	659	922
759	Sonstiges	10	43	11	38
76	Wetterdienst	123	344	118	296
77	Nachrichtenwesen	–	569	–	507
771	Post- und Fernmeldewesen	–	1	–	2
772	Rundfunkanstalten und Fernsehen	–	568	–	506
78	Sonstige Bereiche	1	1 810	1	8
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	19 811	29 190	17 523	24 565
81	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen	64	94	64	79
811	Domänen	–	1	–	0
812	Forsten	64	93	64	79
82	Versorgungsunternehmen	0	–	0	–
83	Verkehrsunternehmen	9 994	22 788	8 987	19 919
831	Straßenverkehrsunternehmen	–	–	–	–
832	Eisenbahnen	–	22 227	–	19 418
833	Schifffahrt	2	2	2	2
834	Häfen und Umschlag	–	–	–	–
835	Flughäfen und Luftverkehr	67	130	12	104
839	Sonstige Verkehrsunternehmen	9 924	429	8 972	395
84	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen	–	–	–	–
85	Bergbau- und Gewerbeunternehmen	9 045	233	7 608	206
851	Bergbau	–	21	–	21
852	Industrielle Unternehmen	2 024	50	576	–
853	Banken und Kreditinstitute	7 000	148	7 000	168
859	Sonstiges	21	14	32	17

Kenn- ziffer	Funktionen/Aufgabenbereiche	1992		1991	
		Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
		– Millionen DM –			
86	Sonstige Wirtschaftsunternehmen	21	15	63	10
861	Staatsbäder	–	–	–	–
862	Lotterie, Lotto, Toto	–	–	–	–
869	Sonstiges	21	15	63	10
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	687	6 060	802	4 350
871	Allgemeines Grundvermögen	687	1 059	801	1 150
872	Allgemeines Kapitalvermögen	0	1	0	1
873	Sondervermögen	–	5 000	–	3 200
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	389 511	75 424	379 923	69 553
91	Steuern und allgemeine Finanzausgaben	337 927	13 103	311 800	14 595
92	Schulden	50 450	46 880	67 057	43 460
93	Versorgung	76	12 066	85	11 266
931	Versorgung der Beamten und Richter	3	2 417	3	2 247
932	Versorgung der Soldaten der Bundeswehr	1	3 724	0	3 366
933	Beihilfen für Versorgungsempfänger	–	641	–	609
934	Versorgungsausgaben, die durch das Zweite Überleitungsgesetz vom Bund übernommen worden sind	–	34	–	34
935	Versorgung von verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und von Angehörigen aufgelöster Dienststellen sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131)	17	2 053	21	2 111
936	Versorgung von Berufssoldaten der früheren Wehrmacht und der berufsmäßigen Angehörigen des früheren Reichsarbeitsdienstes sowie ihrer Hinterbliebenen (nach G 131)	55	2 541	61	2 520
937	Versorgungsbezüge an Empfänger der ehemaligen DDR	–	656	–	379
94	Beihilfen, Unterstützungen u.ä.	–	586	–	543
95	Rücklagen	–	–	–	–
96	Sonstiges	1 058	361	981	352
97	Abwicklung der Vorjahre	–	–	–	–
98	Globalposten	–	2 428	–	– 664
981	Verstärkungsmittel für Personalausgaben	–	2 650	–	2 300
988	Globale Mehrausgaben/Globale Mindereinnahmen	–	30	–	21
989	Globale Minderausgaben/Globale Mehreinnahmen	–	– 253	–	– 2 985
99	Haushaltstechnische Verrechnungen	–	–	–	–
	Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben	422 560	422 560	410 332	410 332

Teil III: Haushaltsquerschnitt

- A. Gliederung der Einnahmen nach Funktionen und Einnahmegruppen
- B. Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwaltungseinnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
0	Allgemeine Dienste	573	–	956	50	0	2	–	320	322
01	Politische Führung und zentrale Verwaltung	27	–	144	4	0	–	–	0	0
02	Auswärtige Angelegenheiten	44	–	303	40	–	–	–	268	268
03	Verteidigung	91	–	500	3	0	2	–	48	49
04	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	136	–	8	3	–	0	–	0	0
05	Rechtsschutz	276	–	1	0	–	–	–	5	5
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	102	–	55	0	–	–	–	10	10
13	Hochschulen	–	–	2	–	–	–	–	–	–
14	Förderung des Bildungswesens	–	–	–	–	–	–	–	3	3
15	Sonstiges Bildungswesen	–	–	1	–	–	–	–	0	0
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	102	–	53	0	–	–	–	7	7
19	Übrige Bereiche aus 1	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2	Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	1	–	19	0	0	0	–	10	10
22	Sozialversicherung einschließlich Arbeitslosenversicherung	–	–	4	–	–	–	–	–	–
23	Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	0	–	11	–	0	–	–	–	0
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	–	–	2	–	0	–	–	0	1
241	Kriegsopferversorgung (Leistungen und Einrichtungen)	–	–	0	–	–	–	–	–	–
247	Kriegsopferfürsorge	–	–	0	–	0	–	–	–	0
249	Vertriebene und Flüchtlinge; Sonstiges	–	–	2	–	–	–	–	0	0
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	1	–	1	0	–	0	–	9	9
29	Übrige Bereiche aus 2	–	–	0	0	–	–	–	0	0
3	Gesundheit und Sport	420	–	10	0	0	–	–	–	0
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	0	–	0	–	0	–	–	–	0
312	Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	0	–	–	–	0
319	Übrige Bereiche aus 31	0	–	0	–	–	–	–	–	–
32	Sport	–	–	–	–	–	–	–	–	–
33	Reinhaltung von Luft, Wasser und Erde, Lärmbekämpfung, Reaktorsicherheit, Strahlenschutz	420	–	9	0	–	–	–	–	–
4	Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	25	–	2	–	179	5	–	213	397
41	Wohnungswesen	25	–	2	–	161	0	–	213	374
43	Komm. Gemeinschaftsdienste	–	–	–	–	18	5	–	–	23
44	Städtebauförderung	–	–	–	–	0	–	–	–	0

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Gebühren	Steuern	Übrige Verwaltungseinnahmen	Erlöse	Zinseinnahmen von				
						Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16	–	63	0	16	–	–	7	23
52	Verbesserung der Agrarstruktur	–	–	9	–	16	–	–	7	23
521	Flurbereinigung	–	–	–	–	1	–	–	–	1
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	–	–	–	–	15	–	–	7	22
528	EWG-Ausrichtungsfonds	–	–	–	–	–	–	–	–	–
529	Übrige Bereiche aus 52	–	–	9	–	–	–	–	0	0
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	–	43	–	–	–	–	–	–
531	EG-Garantiefonds	–	–	–	–	–	–	–	–	–
533	Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–	–	–	–
539	Übrige Bereiche aus 53	0	–	43	–	–	–	–	–	–
59	Übrige Bereiche aus 5	16	–	11	0	–	–	–	1	1
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1 415	–	206	0	1	–	–	20	21
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	–	151	–	–	–	–	0	0
622	Sonstige Energieformen	–	–	151	–	–	–	–	–	–
626	Erdölversorgung	–	–	–	–	–	–	–	–	–
629	Übrige Bereiche aus 62	–	–	–	–	–	–	–	0	0
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	–	–	–	–	–	–	–	–	–
64	Handel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	–	–	–	–	1	–	–	–	1
69	Übrige Bereiche aus 6	1 415	–	54	0	–	–	–	20	20
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1 466	–	125	508	48	0	–	1	49
72	Straßen	1	–	68	3	–	0	–	0	0
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	63	–	7	500	0	–	–	1	1
74	Schienenverkehr	–	–	–	–	48	–	–	–	48
75	Luftfahrt	778	–	8	0	–	–	–	–	–
79	Übrige Bereiche aus 7	624	–	42	4	–	–	–	–	–
8	Wirtschaftsunternehmen, allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	–	17 399	2 180	–	–	–	2	2
81	Wirtschaftsunternehmen	–	–	16 892	2 000	–	–	–	2	2
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	–	–	507	180	–	–	–	0	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	–	337 927	9	–	–	–	–	590	590
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	337 927	–	–	–	–	–	–	–
92	Schulden	–	–	–	–	–	–	–	590	590
93	Versorgung	–	–	3	–	–	–	–	–	–
99	Übrige Bereiche aus 9	–	–	6	–	–	–	–	–	–
	Gesamteinnahmen	4 018	337 927	18 843	2 738	244	7	–	1 172	1 423

– Millionen DM –

Darlehensrückflüsse					Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen von			Schuldenaufnahmen bei Verwaltungen	Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen	Sonstige Vermögensübertragungen	Sonstige Einnahmen	Einnahmen insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen			anderen Bereichen	zusammen	Verwaltungen		anderen Bereichen						
Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweckverbände			Länder	Gemeinden u. Sonstige							
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
87	-	-	113	200	-	-	636	-	-	-	-	938	5
87	-	-	104	191	-	-	577	-	-	-	-	799	52
18	-	-	-	18	-	-	-	-	-	-	-	19	521
69	-	-	104	173	-	-	-	-	-	-	-	195	522
-	-	-	-	-	-	-	406	-	-	-	-	406	528
-	-	-	0	0	-	-	171	-	-	-	-	180	529
-	-	-	-	-	-	-	59	-	-	-	-	102	53
-	-	-	-	-	-	-	59	-	-	-	-	59	531
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	533
-	-	-	-	-	-	-	0	-	-	-	-	43	539
-	-	-	9	9	-	-	0	-	-	-	-	36	59
206	-	-	100	306	-	-	617	-	-	-	-	2 564	6
-	-	-	0	0	-	-	-	-	-	-	-	152	62
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	151	622
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	626
-	-	-	0	0	-	-	-	-	-	-	-	0	629
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	63
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	64
206	-	-	-	206	-	-	550	-	-	-	-	757	65
-	-	-	100	100	-	-	67	-	-	-	-	1 655	69
71	0	-	6	77	15	-	104	-	-	-	-	2 343	7
-	0	-	0	0	-	-	59	-	-	-	-	132	72
0	-	-	5	6	15	-	5	-	-	-	-	596	73
71	-	-	-	71	-	-	-	-	-	-	-	119	74
-	-	-	0	0	-	-	2	-	-	-	-	788	75
-	-	-	0	0	-	-	38	-	-	-	-	709	79
-	-	-	2	2	-	-	2	-	-	-	-	19 585	8
-	-	-	2	2	-	-	2	-	-	-	-	18 898	81
-	-	-	0	0	-	-	-	-	-	-	-	687	87
-	-	-	-	-	39	23	11	-	-	-	-	338 599	9
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	337 927	91
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	590	92
-	-	-	-	-	39	23	11	-	-	-	-	76	93
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6	99
812	15	-	2 005	2 832	538	23	3 300	-	5	-	-	371 648	

– Millionen DM –

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen		andere Bereiche		Zusammen	Verwaltungen			Zusammen			
Länder	Gemeinden u. Sonstige	Sozialversicherung	Sonstige		Länder	Gemeinden u. Sonstige	andere Bereiche				
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
11	145	–	5 098	5 255	–	–	365	365	–	98 023	0
–	6	–	6	12	–	–	–	–	–	24 259	01
–	–	–	4 989	4 989	–	–	180	180	–	15 539	02
11	139	–	104	254	–	–	185	185	–	54 806	03
–	0	–	0	0	–	–	–	–	–	2 728	04
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	692	05
2 074	1	–	2 926	5 001	–	–	–	–	–	21 036	1
1 800	–	–	24	1 824	–	–	–	–	–	3 339	13
200	–	–	–	200	–	–	–	–	–	3 284	14
–	–	–	100	100	–	–	–	–	–	964	15
34	1	–	2 671	2 706	–	–	–	–	–	12 096	16
40	–	–	131	171	–	–	–	–	–	1 354	19
11	15	–	2 139	2 165	–	–	344	344	–	144 562	2
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	69 235	22
11	15	–	1	27	–	–	–	–	–	36 482	23
–	–	–	1	1	–	–	45	45	–	17 630	24
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	12 263	241
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	770	243
–	–	–	–	–	–	–	1	1	–	853	244
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1 827	247
–	–	–	1	1	–	–	44	44	–	1 918	249
–	–	–	1 369	1 369	–	–	299	299	–	18 853	25
–	–	–	750	750	–	–	–	–	–	750	27
–	–	–	18	18	–	–	–	–	–	1 613	29
479	–	–	464	943	–	–	29	29	–	2 254	3
–	–	–	77	77	–	–	–	–	–	327	31
–	–	–	3	3	–	–	–	–	–	3	312
–	–	–	75	75	–	–	–	–	–	325	319
60	–	–	–	60	–	–	–	–	–	268	32
419	–	–	387	806	–	–	29	29	–	1 659	33
2 760	26	–	24	2 810	–	–	–	–	–	4 606	4
1 856	–	–	24	1 880	–	–	–	–	–	3 547	41
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1	42
–	20	–	–	20	–	–	–	–	–	148	43
904	6	–	–	910	–	–	–	–	–	910	44

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Personal- ausgaben	Sächliche Ver- waltungs- ausgaben	Rüstungs- käufe usw.	Zins- ausgaben	Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen an			
						Länder	Gemeinden	LAF, ERP, Zweck- verbände	zu- sammen
						1	2	3	4
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	64	146	–	–	2 381	–	–	2 381
52	Verbesserung der Agrarstruktur ...	–	9	–	–	1 376	–	–	1 376
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	–	–	–	–	–	–	–	–
528	EWG-Ausrichtungsfonds	–	–	–	–	–	–	–	–
529	Übrige Bereiche aus 52	–	9	–	–	1 376	–	–	1 376
53	Einkommensstabilisierende Maß- nahmen	–	71	–	–	960	–	–	960
531	EG-Garantiefonds	–	–	–	–	–	–	–	–
533	Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–	–	–
539	Übrige Bereiche aus 53	–	71	–	–	960	–	–	960
59	Übrige Bereiche aus 5	64	66	–	–	45	–	–	45
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	137	1 513	–	–	–	–	100	100
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	49	–	–	–	–	–	–
621	Kernenergie	–	–	–	–	–	–	–	–
622	Sonstige Energieformen	–	–	–	–	–	–	–	–
626	Erdölversorgung	–	14	–	–	–	–	–	–
629	Übrige Bereiche aus 62	–	35	–	–	–	–	–	–
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	–	1 150	–	–	–	–	–	–
64	Handel	–	101	–	–	–	–	–	–
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	–	11	–	–	–	–	100	100
69	Übrige Bereiche aus 6	137	203	–	–	–	–	–	–
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	1 857	3 112	–	–	194	–	–	194
72	Straßen	–	1 626	–	–	190	–	–	190
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	697	495	–	–	4	–	–	4
74	Schienenverkehr	–	–	–	–	–	–	–	–
75	Luftfahrt	357	212	–	–	–	–	–	–
79	Übrige Bereiche aus 7	803	779	–	–	–	–	–	–
8	Wirtschaftsunternehmen, allge- meines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	60	752	–	–	–	0	–	0
81	Wirtschaftsunternehmen	60	49	–	–	–	–	–	–
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	–	703	–	–	–	0	–	0
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	12 526	1 216	–	45 950	14 271	119	5	14 394
91	Allgemeine Finanzzuweisungen ...	–	–	–	–	13 103	–	–	13 103
92	Schulden	–	580	–	45 950	48	–	–	48
93	Versorgung	9 690	66	–	–	920	119	5	1 043
99	Übrige Bereiche aus 9	2 836	570	–	–	200	–	–	200
	Gesamtausgaben	51 788	27 248	18 579	45 950	30 365	1 140	8 325	39 829

– Millionen DM –

Zuweisungen und Erstattungen mit Ausnahme für Investitionen					Schuldendienst an				Ord. Nr.
Renten- Unter- stützungen usw.	an Unternehmen	an Sozial- versicherung	an Sonstige	zu- sammen	Verwaltungen		andere Bereiche	zu- sammen	
					Länder	Gemein- den und Sonstige			
9	10	11	12	13	14	15	16	17	
–	1 249	–	90	1 339	6	–	132	137	5
–	–	–	–	–	6	–	17	22	52
–	–	–	–	–	6	–	10	16	522
–	–	–	–	–	–	–	–	–	528
–	–	–	–	–	–	–	7	7	529
–	1 223	–	6	1 229	–	–	114	114	53
–	–	–	–	–	–	–	–	–	531
–	1 010	–	–	1 010	–	–	–	–	533
–	213	–	6	219	–	–	114	114	539
–	26	–	84	110	–	–	1	1	59
–	3 164	0	151	3 314	–	–	635	635	6
–	192	–	39	231	–	–	–	–	62
–	152	–	39	191	–	–	–	–	621
–	–	–	–	–	–	–	–	–	622
–	40	–	–	40	–	–	–	–	626
–	–	–	–	–	–	–	–	–	629
–	2 952	–	–	2 952	–	–	335	335	63
–	–	–	93	93	–	–	–	–	64
–	–	–	–	–	–	–	300	300	65
–	20	0	18	38	–	–	–	–	69
0	78	1	182	262	0	–	7	7	7
–	–	–	–	–	0	–	–	0	72
0	75	1	2	78	–	–	7	7	73
–	3	–	–	3	–	–	–	–	74
0	–	–	106	106	–	–	–	–	75
–	–	–	75	75	–	–	–	–	79
–	12 400	–	–	12 400	–	5 000	3	5 003	8
–	12 400	–	–	12 400	–	–	3	3	81
–	–	–	–	–	–	5 000	–	5 000	87
1	–	1 267	–	1 268	–	–	–	–	9
–	–	–	–	–	–	–	–	–	91
–	–	–	–	–	–	–	–	–	92
0	–	1 267	–	1 267	–	–	–	–	93
1	–	–	–	1	–	–	–	–	99
55 340	22 301	71 824	7 470	156 935	241	10 119	2 739	13 098	

– Millionen DM –

Ord. Nr.	Funktion/Aufgabenbereich	Bau- maßnahmen	Erwerb von			Darlehen an				Zu- sammen
			beweglichem Vermögen	unbeweg- lichem	Beteiligungen	Verwaltungen		andere Bereiche		
						Länder	Gemein- den u. Sonstige	Sozial- versiche- rung	Sonstige	
			18	19	20	21	22	23	24	
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10	5	-	5	-	-	-	7	7
52	Verbesserung der Agrarstruktur ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
522	Einzelbetriebliche Förderung; Verbesserung der Marktstruktur; Wirtschaftswege	-	-	-	-	-	-	-	-	-
528	EWG-Ausrichtungsfonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-
529	Übrige Bereiche aus 52	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Einkommensstabilisierende Maß- nahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
531	EG-Garantiefonds	-	-	-	-	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus 53	-	-	-	-	-	-	-	-	-
59	Übrige Bereiche aus 5	10	5	-	-	-	-	-	7	7
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	2	3	-	-	-	-	-	3 600	3 600
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	-	-	-	-	-	-	-	-	-
621	Kernenergie	-	-	-	-	-	-	-	-	-
622	Sonstige Energieformen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
626	Erdölversorgung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
629	Übrige Bereiche aus 62	-	-	-	-	-	-	-	-	-
63	Bergbau, und verarbeitendes Gewerbe	-	-	-	-	-	-	-	-	-
64	Handel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
65	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
69	Übrige Bereiche aus 6	2	3	-	-	-	-	-	3 600	3 600
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	9 545	784	452	-	84	-	-	151	235
72	Straßen	8 660	159	447	-	5	-	-	3	8
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	692	85	-	-	-	-	-	148	148
74	Schienenverkehr	-	-	-	-	79	-	-	-	79
75	Luftfahrt	64	388	-	-	-	-	-	0	0
79	Übrige Bereiche aus 7	130	151	4	-	-	-	-	1	1
8	Wirtschaftsunternehmen, allge- meines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	291	2	58	195	-	-	-	130	130
81	Wirtschaftsunternehmen	-	1	-	195	-	-	-	130	130
87	Allgemeines Grund- und Kapital- vermögen, Sondervermögen	291	1	58	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-
91	Allgemeine Finanzzuweisungen ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-
92	Schulden	-	-	-	-	-	-	-	-	-
93	Versorgung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
99	Übrige Bereiche aus 9	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben	11 323	2 043	575	1 731	1 813	26	-	6 720	8 558

– Millionen DM –

Zuweisungen, Zuschüsse für Investitionen an					Sonstige Vermögensübertragungen an				Sonstige Ausgaben	Ausgaben insgesamt	Ord. Nr.
Verwaltungen		andere Bereiche			Verwaltungen		andere Bereiche	Zusammen			
Länder	Gemeinden u. Sonstige	Sozialversicherung	Sonstige	Zusammen	Länder	Gemeinden u. Sonstige					
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	
1 820	4	-	18	1 842	-	-	-	-	-	5 933	5
1 820	4	-	-	1 824	-	-	-	-	-	3 231	52
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	16	522
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	528
1 820	4	-	-	1 824	-	-	-	-	-	3 215	529
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2 375	53
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	531
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1 010	533
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1 365	539
-	-	-	18	18	-	-	-	-	-	327	59
5 889	600	-	2 495	8 984	-	-	354	354	-	18 641	6
153	-	-	1 200	1 353	-	-	-	-	-	1 632	62
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	191	621
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	622
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	54	626
153	-	-	1 200	1 353	-	-	-	-	-	1 388	629
-	-	-	1 143	1 143	-	-	354	354	-	5 933	63
-	-	-	60	60	-	-	-	-	-	254	64
5 736	600	-	89	6 424	-	-	-	-	-	6 836	65
-	-	-	4	4	-	-	-	-	-	3 986	69
6 061	265	-	566	6 892	-	-	-	-	-	23 339	7
3 841	265	-	-	4 106	-	-	-	-	-	15 196	72
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2 207	73
2 220	-	-	566	2 786	-	-	-	-	-	2 868	74
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1 126	75
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1 942	79
-	6	-	9 841	9 847	-	-	21	21	-	28 761	8
-	-	-	9 841	9 841	-	-	21	21	-	22 701	81
-	6	-	0	6	-	-	-	-	-	6 060	87
-	-	-	-	-	302	-	-	302	- 253	75 404	9
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13 103	91
-	-	-	-	-	302	-	-	302	-	46 880	92
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12 066	93
-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 253	3 355	99
19 105	1 062	-	23 573	43 740	302	-	1 113	1 415	- 253	422 560	

Teil IV
Übersicht
über die den Haushalt in Einnahmen und Ausgaben durchlaufenden Posten
 (Die ausgewiesenen Titel sind Leertitel)

Einnahmen		Ausgaben	
Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ist 1990 1 000 DM	Kap./Tit. Zweckbestimmung	Ist 1990 1 000 DM
Epl. 10 - Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
Erläuterungen			
10 02/380 04 Einnahmen aus der Abgabe der Mühlen gemäß § 12 des Mühlenstrukturgesetzes	-	10 02/980 04 Kosten der Stilllegung von Mühlen, der Abfindungen für Ostmüller und anderer Maßnahmen gemäß § 12 des Mühlen- strukturgesetzes	1 008
10 07/380 07 (bis 1989 Tit. 380 02) Beiträge gemäß § 10 des Absatzfonds- gesetzes	93 942	10 07/980 07 (bis 1989 Tit. 980 02) Abführung der Beiträge an den zentralen Fonds zur Absatzförderung (Absatz- fonds), die das Bundesamt gemäß § 10 des Absatzfondsgesetzes zu erheben hat	93 942
Summe	93 942	Summe	94 950
Epl. 12 - Bundesminister für Verkehr			
12 03/380 07 Lotsgeld, Entgelte der Kanalsteuerer auf dem Nord-Ostsee-Kanal	132 379		
12 03/380 08 Befahrungsabgaben, die für Dritte erho- ben werden	14 753	12 03/980 07 Durchleitung von Fremdgeldern	147 130
Summe	147 132	Summe	147 130
Epl. 17 - Bundesminister für Frauen und Jugend			
17 02/380 07 (bis 1989 Kap. 15 02 Tit. 380 02) Zuschlagerlös aus dem Vertrieb der Ju- gendmarken	7 452	17 02/980 07 (bis 1989 Kap. 15 02 Tit. 980 02) Weiterleitung von Zuschlagerlösen aus dem Vertrieb der Jugendmarken an den Verein "Stiftung Deutsche Jugendmar- ken e. V"	7 452
Summe	7 452	Summe	7 452
Epl. 60 - Allgemeine Finanzverwaltung			
60 01/380 01-03 Lastenausgleichsabgaben	800	60 04/980 01 Abführung der Ausgleichsabgaben an den Lastenausgleichsfonds	800
Summe	800	Summe	800
Gesamtsumme	249 326	Gesamtsumme	250 332

Teil V
A. Übersicht über die Planstellen
– ohne
im

a) = Oberste Bundesbehörde
b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich	Besoldungsordnung B												Höherer Dienst				
	B 11	B 10	B 9	B 8	B 7	B 6	B 5	B 4	B 3	B 2	B 1	Zus.	A 16	A 15	A 14	A 13	Zus.
													in den				
Bundespräsidialamt a)	1	-	1	-	-	3	-	-	7	-	-	12	8	3	5	-	16
Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung a)	-	-	-	-	-	1	-	-	2	-	-	3	2	2	2	-	6
Deutscher Bundestag ... a)	-	1	3	-	-	12	-	-	52	-	-	68	49	91	83	15	238
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages a)	-	-	-	-	-	1	-	-	3	-	-	4	3	5	7	-	15
Bundesrat a)	-	1	1	-	-	2	-	-	6	-	-	10	3	9	4	1	17
Bundeskanzleramt a)	-	-	6	-	-	15	-	-	34	-	-	55	17	50	22	4	93
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung a)	1	2	3	-	-	6	-	-	19	-	-	31	15	39	28	8	90
Auswärtiges Amt a)	2	-	11	-	-	23	-	-	64	-	-	100	38	180	99	24	341
b)	-	-	18	-	-	50	-	-	105	-	-	173	150	359	267	91	867
Bundesminister des Innern a)	3	-	11	-	1	19	1	-	95	-	-	130	42	158	85	22	307
b)	-	-	1	2	2	15	3	6	25	31	-	85	149	445	611	277	1 482
Bundesminister der Justiz a)	1	-	6	-	-	16	-	-	54	-	-	77	22	93	34	8	157
b)	-	-	-	1	-	-	-	1	1	4	-	7	45	704	49	51	849
Bundesminister der Finanzen a)	3	-	9	-	-	24	1	-	118	-	-	155	46	265	142	39	492
b)	-	-	-	-	23	3	1	-	45	30	-	102	100	421	565	289	1 375
Bundesminister für Wirtschaft a)	2	-	8	-	-	25	-	-	102	-	-	137	49	215	112	33	409
b)	-	-	-	2	2	1	-	2	29	47	53	136	38	278	513	127	956
Bundesminister für Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten a)	2	-	6	-	-	12	-	-	53	-	-	73	32	137	73	18	260
b)	-	-	-	-	-	2	-	2	20	39	60	123	8	110	238	73	429
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung a)	2	-	8	-	-	14	-	-	63	-	-	87	30	117	67	27	241
b)	-	-	-	1	-	-	1	1	1	11	11	26	7	62	74	21	164
Bundesminister für Verkehr a)	1	-	8	-	-	13	-	-	62	-	-	84	25	192	105	26	348
b)	-	-	-	-	-	2	10	1	7	24	6	50	84	386	672	284	1 426
Bundesminister für Post und Telekommunikation a)	1	-	4	-	-	9	-	-	34	-	-	48	15	58	33	9	115
b)	-	-	-	-	-	2	-	-	3	5	-	10	17	66	48	23	154
Bundesminister der Verteidigung a)	2	-	9	-	-	26	-	-	120	-	-	157	52	280	156	32	520
b)	-	-	1	-	11	4	3	20	16	86	-	141	300	1 297	2 030	669	4 296
Bundesminister für Gesundheit a)	1	-	4	-	-	8	-	-	34	-	-	47	18	69	37	10	134
b)	-	-	-	1	-	-	-	2	9	41	136	189	3	113	235	63	414
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit .. a)	1	-	6	-	-	13	-	-	47	-	-	67	25	129	66	19	239
b)	-	-	-	1	1	-	-	1	9	30	26	68	11	128	216	112	467
Bundesminister für Frauen und Jugend .. a)	1	-	2	-	-	4	-	-	13	-	-	20	8	28	17	6	59
b)	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	3	11	44	21	79
Bundesminister für Familie und Senioren a)	1	-	2	-	-	3	-	-	14	-	-	20	10	26	13	5	54
Bundesverfassungs- gericht a)	2	-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	4	1	5	1	-	7
Bundesrechnungshof ... a)	1	-	1	-	-	9	-	-	59	-	-	70	11	64	34	10	119

**Personalübersicht
der Beamten
Leerstellen
Bundeshaushaltsplan 1992**

Besoldungsgruppen																				Gesamt- zahl der Plan- stellen
Besoldungsordnung A																				
Gehobener Dienst						Mittlerer Dienst						Einfacher Dienst								
A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	Zus.	A 9mZ	A 9	A 8	A 7	A 6	A 5	Zus.	A 5eZ	A 5	A 4	A 3/4	A 3	A 2/3	Zus.	
9	5	5	1	—	20	2	7	3	4	2	—	18	—	8	2	—	—	—	10	76
2	1	2	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14
130	96	59	15	4	304	50	128	114	92	20	2	406	30	204	58	—	—	4	296	1 312
7	4	3	1	—	15	1	1	1	1	—	—	4	—	2	—	—	—	—	2	40
12	8	5	—	—	25	1	3	4	1	1	—	10	3	19	13	—	—	4	39	101
46	18	10	1	—	75	7	19	11	6	—	—	43	4	18	14	—	—	3	39	305
29	15	16	3	2	65	4	11	5	8	—	—	28	2	8	7	—	—	3	20	234
224	109	67	48	12	460	26	67	86	69	16	1	265	9	35	37	—	—	15	96	1 262
215	236	343	198	62	1 054	41	113	245	214	35	8	656	19	69	74	—	—	21	183	2 933
246	83	38	12	1	380	27	60	27	7	10	1	132	7	27	35	—	—	9	78	1 027
474	930	1 787	1 730	777	5 698	1 722	4 239	6 559	8 384	5 741	87	26 732	27	73	140	—	—	41	281	34 278
73	29	12	5	1	120	10	28	19	15	4	1	77	4	18	17	—	—	5	44	475
100	150	254	19	4	527	43	127	79	51	—	—	300	15	66	85	—	13	7	186	1 869
386	143	68	21	3	621	45	108	51	14	3	—	221	9	32	39	—	—	13	93	1 582
837	1 988	4 144	4 106	2 052	13 127	1 946	4 549	7 830	6 226	2 215	1 172	23 938	157	392	790	—	—	235	1 574	40 116
213	79	39	12	3	346	22	53	29	28	6	2	140	10	35	47	—	—	11	103	1 135
72	172	212	160	21	637	13	28	85	91	43	7	267	2	13	16	—	—	4	35	2 031
138	55	26	8	2	229	14	33	16	12	22	7	104	7	24	29	—	—	8	68	734
12	23	46	34	9	124	2	8	13	16	15	—	54	—	1	—	—	—	—	1	731
125	48	22	6	1	202	8	22	10	16	6	5	67	6	19	37	—	—	6	68	665
77	124	113	48	12	374	5	17	12	5	1	—	40	2	15	10	—	5	1	33	637
183	66	43	1	—	293	7	14	20	2	1	—	44	3	9	13	—	—	4	29	798
1 015	1 811	1 107	638	167	4 738	157	480	1 668	1 899	660	218	5 082	21	126	78	—	—	6	231	11 527
90	34	15	9	2	150	14	40	24	27	10	4	119	1	9	5	—	—	1	16	448
224	336	557	152	6	1 275	167	450	823	263	47	49	1 799	9	44	35	—	—	1	89	3 327
428	157	52	28	—	665	77	185	162	147	52	—	623	34	115	141	—	—	48	338	2 303
908	1 901	4 572	4 005	1 323	12 709	389	932	4 897	4 892	2 080	576	13 766	65	222	281	—	1	25	594	31 506
66	25	13	4	1	109	5	13	9	7	2	1	37	2	11	10	—	—	4	27	354
12	20	35	24	7	98	1	6	12	8	2	—	29	—	—	1	—	—	—	1	731
105	37	18	8	1	169	14	35	24	14	6	1	94	3	9	13	—	—	4	29	598
39	57	67	55	31	249	2	19	31	31	10	8	101	1	5	6	—	—	—	12	897
35	14	7	2	—	58	3	8	6	4	2	1	24	2	5	5	—	—	1	13	174
10	31	115	109	44	309	2	6	34	64	41	10	157	—	1	—	—	—	—	1	547
35	13	8	1	1	58	2	6	4	3	1	4	20	1	3	4	—	—	2	10	162
17	5	4	3	—	29	3	8	8	3	—	—	22	1	8	6	—	—	2	17	79
275	54	5	3	2	339	7	20	14	3	1	—	45	—	3	3	—	—	—	6	579

**B. Übersicht über die Planstellen der Richter und Staatsanwälte
– ohne Leerstellen –
im Bundeshaushaltsplan 1992**

- a) Bundesverfassungsgericht und
Oberste Gerichtshöfe des Bundes
b) Sonstige Bundesgerichte

Geschäftsbereich	in den Besoldungsgruppen										Gesamtzahl der Planstellen	
	Besoldungsordnung R											
	R 10	R 9	R 8	R 7	R 6	R 5	R 4	R 3	R 2	R 1		
Bundesminister der Justiz	a)	3	1	39	3	239	–	–	36	–	–	321
	b)	–	–	1	–	–	–	1	30	136	3	171
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	2	–	20	–	58	–	–	–	–	–	80
Bundesminister der Verteidigung	b)	–	–	–	–	–	–	–	3	19	–	22
Bundesverfassungsgericht	a)	14	–	–	–	–	–	–	–	–	–	14
Summe	a)	19	1	59	3	297	–	–	36	–	–	415
Summe	b)	–	–	1	–	–	–	1	33	155	3	193
Insgesamt		19	1	60	3	297	–	1	69	155	3	608

**C. Übersicht über die Planstellen der Professoren, Hochschuldozenten, Oberassistenten
und Wissenschaftlichen Assistenten
– ohne Leerstellen –
im Bundeshaushaltsplan 1992**

a) = Oberste Bundesbehörde

b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich	in den Besoldungsgruppen				Gesamtzahl der Planstellen
	Besoldungsordnung C				
	C 4	C 3	C 2	C 1	
Auswärtiges Amt a)	–	1	2	–	3
Bundesminister des Innern b)	–	26	26	–	52
Bundesminister der Finanzen b)	–	7	8	–	15
Bundesminister für Verkehr b)	–	1	3	–	4
Bundesminister der Verteidigung b)	120	140	85	125	470
Summe a)	–	1	2	–	3
Summe b)	120	174	122	125	541
Insgesamt	120	175	124	125	544

D. Übersicht über die Stellen
im

a) = Oberste Bundesbehörde

b) = Nachgeordneter Bereich

Geschäftsbereich	Außer- tarifliche Ange- stellte	in den							
		I	I a	I b	II a	II a (T)	II b	III	IV a Kr. X
Bundespräsidialamt	a)	-	-	1	1	-	-	4	2
Geschäftsstelle der Bund-Länder- Kommission für Bildungsplanung	a)	-	-	-	1	-	-	-	-
Deutscher Bundestag	a)	3	4	11	2	8	-	11	41
Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages	a)	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesrat	a)	-	-	-	-	-	-	1	3
Bundeskanzleramt	a)	-	1	-	-	-	-	4	6
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	a)	1	6	34	48	13	2	17	70
Auswärtiges Amt	a)	-	1	10	20	5	-	17	28
	b)	-	1	11	33	31	-	9	58
Bundesminister des Innern	a)	-	1	3	8	6	-	7	14
	b)	6	10	37	108	116	8	347	452
Bundesminister der Justiz	a)	-	1	-	1	1	-	-	1
	b)	-	-	1	-	-	-	2	6
Bundesminister der Finanzen	a)	1	-	3	1	-	1	9	6
	b)	1	-	7	12	91	31	146	360
Bundesminister für Wirtschaft	a)	-	-	7	15	-	2	43	44
	b)	-	4	26	234	103	48	171	268
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	a)	-	-	1	-	-	-	8	10
	b)	-	-	-	95	122	4	59	143
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	a)	1	-	1	1	-	-	15	19
	b)	-	-	6	38	22	3	25	36
Bundesminister für Verkehr	a)	-	-	4	8	-	15	14	19
	b)	-	3	34	153	226	59	493	430
Bundesminister für Post und Telekommunikation	a)	-	-	8	3	-	-	-	-
Bundesminister der Verteidigung	a)	-	2	18	24	7	15	36	17
	b)	-	10	44	198	247	72	491	1 097
Bundesminister für Gesundheit	a)	-	-	3	10	2	-	-	7
	b)	-	-	13	41	41	3	14	33
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	a)	-	2	4	-	3	3	7	5
	b)	-	1	5	65	57	10	42	54
Bundesminister für Frauen und Jugend	a)	-	-	-	2	-	-	-	-
	b)	-	-	-	1	-	-	-	9
Bundesminister für Familie und Senioren	a)	-	-	-	2	-	-	1	1
	b)	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesverfassungsgericht	a)	-	-	-	-	-	-	-	-
Bundesrechnungshof	a)	-	-	-	-	1	-	-	1
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	a)	1	3	12	14	1	-	12	19
	b)	-	-	1	3	2	3	1	6
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	a)	-	-	5	3	3	13	8	11
	b)	-	-	3	13	51	55	113	45
Bundesminister für Forschung und Technologie	a)	-	-	-	-	-	-	8	4
	b)	-	-	5	15	21	-	5	3
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	a)	-	3	11	17	4	-	8	4
Bundesschuldenverwaltung	b)	-	-	-	-	-	-	2	13
Zivile Verteidigung	b)	-	2	2	5	21	2	24	76
Summe	a)	7	23	136	180	57	51	230	332
Summe	b)	7	31	195	1 014	1 151	298	1 944	3 089
Insgesamt		14	54	331	1 194	1 208	349	2 174	3 421

1) Und ohne Schreib- und Fernschreibdienst

der Angestellten und Arbeiter
Bundshaushaltsplan 1992

Vergütungsgruppen										Schreib- und Fern- schreib- dienst	Gesamt- zahl der Stellen für An- gestellte	Gesamt- zahl der Stellen für Arbeiter
IV b Kr. IX	V a Kr. VIII	V b Kr. VII	V c Kr. VI	VI a Kr. V	VI b Kr. IV	VII ¹⁾ Kr. III	VIII ¹⁾ Kr. II	IX b ¹⁾ Kr. I	X			
3	-	4	6	-	13	7	-	-	2	10	53	24
-	-	1	-	-	4	-	1	1	-	2	10	2
9	-	59	63	-	260	49	15	11	7	62	615	248
1	-	1	1	-	8	2	-	-	-	6	19	4
1	-	11	14	-	24	1	4	-	3	6	68	5
4	-	12	21	-	46	18	1	6	12	50	181	40
43	2	20	41	-	44	21	26	5	23	58	474	36
10	-	46	55	-	37	29	28	11	28	207	532	132
16	-	119	326	-	821	114	10	4	11	54	1 618	818
12	-	24	53	-	111	55	27	2	18	153	494	120
303	6	465	1 201	-	848	2 353	1 567	79	80	1 087	9 073	4 510
2	-	13	35	-	59	28	1	3	12	70	227	37
7	-	65	168	-	185	430	305	143	38	492	1 842	187
10	-	33	55	-	87	49	3	2	17	198	475	89
236	-	600	511	-	1 025	2 296	428	83	148	2 067	8 042	3 602
6	-	31	105	-	66	21	-	3	14	185	542	74
217	9	268	260	-	330	266	76	15	19	176	2 490	397
1	-	10	55	-	31	5	8	-	3	83	215	55
215	-	239	288	-	459	191	113	7	7	131	2 073	983
7	-	11	59	-	50	10	5	1	4	99	284	65
18	-	50	72	-	121	106	25	3	11	137	673	140
8	-	28	70	-	79	5	11	-	43	138	442	48
319	119	414	868	-	1 496	1 377	486	73	181	548	7 279	10 405
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11	8
29	-	65	192	-	284	183	18	-	-	335	1 225	221
942	38	1 337	4 578	555	6 822	8 391	20 435	412	69	13 195	58 954	101 508
5	-	5	17	-	24	6	6	1	3	44	133	17
47	-	285	268	-	147	88	91	5	19	115	1 210	387
1	-	7	19	-	45	30	2	-	1	74	203	42
31	-	33	58	-	80	36	8	4	1	94	579	80
2	-	5	9	-	18	4	6	-	1	20	67	14
59	-	26	19	-	23	28	9	-	-	43	217	49
1	-	4	3	-	10	4	4	-	4	17	51	10
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	4	20	-	4	-	3	-	-	19	51	9
3	-	2	22	-	33	6	1	-	12	19	100	9
3	-	11	24	-	41	6	2	-	5	45	199	25
6	-	2	2	-	4	2	1	-	-	9	42	1
5	-	17	20	-	36	10	1	1	-	54	187	38
28	-	12	13	-	24	27	7	8	3	61	463	20
7	-	8	22	-	35	10	-	-	7	62	163	37
3	-	19	18	-	29	11	7	1	-	4	141	48
8	-	7	25	-	35	13	3	-	6	40	184	14
8	-	18	10	-	63	78	36	1	5	12	246	15
59	-	112	49	-	68	155	28	2	5	81	691	468
182	2	439	1 006	-	1 484	572	176	47	225	2 056	7 205	1 423
2 514	172	4 064	8 709	555	12 545	15 949	23 632	840	597	18 306	95 633	123 618
2 696	174	4 503	9 715	555	14 029	16 521	23 808	887	822	20 362	102 838	125 041

E. Übersicht
über die Planstellen der Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit
im Bundeshaushaltsplan 1992

Bes.-Gr.	Dienstgrad	Gesamtzahl der Planstellen	
		Ministerium	Nachgeordneter Bereich
B10	Generale	1	2
B9	Generalleutnante, Vizeadmirale usw.	7	15
B7	Generalmajore, Konteradmirale usw.	7	57
B6	Brigadegenerale, Flottillenadmirale usw.	29	119
	zusammen Generale	44	193
B3	Oberste, Kapitäne z. S. usw.	152	240
A16	Oberste, Kapitäne z. S. usw.	70	904
A15	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	474	2 398
A14	Oberstleutnante, Fregattenkapitäne usw.	426	6 249
A13	Majore, Korvettenkapitäne usw.	51	6 354
A12	Hauptleute, Kapitänleutnante	94	1 135
A11	Hauptleute, Kapitänleutnante	175	11 134
A10	Oberleutnante, Oberleutnante z. S.	105	10 628
A9	Leutnante, Leutnante z. S.	70	7 299
	zusammen übrige Offiziere	1 617	46 341
A10	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	–	–
A9mZ	Oberstabsfeldwebel, Oberstabsbootsmänner	45	3 021
A9	Stabsfeldwebel, Stabsbootsmänner	175	6 930
A8mZ	Hauptfeldwebel, Hauptbootsmänner usw.	73	21 957
A7mZ	Oberfeldwebel, Oberbootsmänner	43	31 752
A7	Feldwebel, Bootsmänner usw.	–	30 558
A6	Stabsunteroffiziere, Obermaate	3	40 862
A5	Unteroffiziere, Maate	–	38 285
	zusammen Unteroffiziere	339	173 365
A5	Stabsgefreite	–	1 094
A4	Hauptgefreite	–	18 036
A3	Obergefreite	38	17 231
A2mZ	Gefreite	–	6 836
A1/2	Grenadiere, Flieger, Matrosen usw.	–	4 949
	zusammen Mannschaften	38	48 146
	Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit insgesamt	2 038	268 045
	Nachrichtlich: Grundwehrdienstpflichtige	–	196 000
	Wehrübende	–	5 000